

Gemeindeparlament Arosa

Gemeindekanzlei Arosa

Protokoll der 3. Sitzung des Gemeindeparlaments

Datum: Mittwoch, 27. Juni 2018
Zeit: 13:30 – 17.30 Uhr
Ort: Sport- und Kongresszentrum Arosa

Teilnehmer:

Gemeindeparlament
Daniel Ackermann
Christoph Junker
Markus Lüscher
Michael Meier
Alessandro Minnella
Ruth Moro
Ludwig Waidacher
Andrea Hagmann
Claudia Jegi-Pargätzi
Georg Mettier
Martin Michael
Paul Schwendener

Gemeindevorstand
Lorenzo Schmid (Gemeindepräsident)
Yvonne Altmann
Peter Bircher
Rolf Bucher
Bruno Preisig

Verwaltung
Peter Remek (Gemeindeschreiber)

GPK
Markus Buchli
Patric Iten

Arosa Energie
Alois Rütsche, VR-Präsident
Tino Mongili, Geschäftsführer

Entschuldigt: Johannes Hemmi, Gemeindeparlament
Jürg Sprecher, Gemeindeparlament

Protokoll: Jan Diener, Aktuar

Traktandenliste

1. Begrüssung

2. Protokollgenehmigung

3. Geschäfte

8 Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2017 der Arosa Energie

9 Jahresrechnung und Jahresbericht 2017 der Gemeinde Arosa

10 Jahresrechnung 2017 der Gesamtmelioration St. Peter-Pagig/Peist

11 Jahresrechnung 2017 der Gesamtmelioration Lünen

12 Beteiligung der Gemeinde an einer zu gründenden Dachorganisation Gesundheitswesen im Umfang von CHF 6 Mio. mittels Sacheinlage durch Übertragung des Gebäudes "Alterszentrum Arosa", eines Teils des Grundstücks Nr. 128, auf welchem das Gebäude steht, sowie der Aktien der Arztpraxis Arosa AG

4. Informationen des Gemeindevorstands

5. Hängige Aufträge / Anfragen

6. Aufträge / Anfragen / Fragestunde

1. Begrüssung

Gemeindeparlamentspräsident Paul Schwendener begrüsst die Mitglieder des Gemeindeparlaments, den Gemeindepräsidenten, den Gemeindevorstand, Markus Buchli und Patric Iten von der GPK und die anwesenden Zuschauer zur 3. Sitzung des Gemeindeparlaments im Jahr 2018 im Sport- und Kongresszentrum Arosa. Für die Sitzung entschuldigt haben sich die Parlamentarier Jürg Sprecher und Johannes Hemmi. Paul Schwendener stellt fest, dass 12 von 14 Parlamentarier anwesend sind und das Parlament gemäss Verfassung somit beschlussfähig ist.

Paul Schwendener stellt die dem Parlament rechtzeitig zugestellte Traktandenliste zur Diskussion. Das Gemeindeparlament genehmigt einstimmig die Traktandenliste.

2. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 2. Sitzung vom 18. April 2018 wurde durch den Aktuar mit der Einladung am 13. Juni 2018 zugestellt. Der Parlamentspräsident stellt das Protokoll zur Diskussion.

Yvonne Altmann beantragt eine Präzisierung auf Seite 19 zu ihrer nachfolgend protokollierten Aussage bezüglich Auszonung von Baulandparzellen:

"Alessandro Minnella erkundigt sich nach dem Total an Baulandparzellen, welche die Gemeinde Arosa hat.

Yvonne Altmann antwortet, dass die Gemeinde 110 Hektaren an Baulandparzellen hat."

Gemäss Yvonne Altmann hat die Gemeinde gesamthaft 105 Hektaren Bauland, welche bereits überbaut sind und 21 Hektaren Bauland, welche nicht überbaut sind. Diese Differenzierung ist wichtig, da sie so aus dem Protokoll nicht hervorgeht.

Es werden keine weiteren Änderungen und Ergänzungen beantragt. Das Protokoll wird mit der beantragten Korrektur von Yvonne Altmann einstimmig genehmigt und dem Verfasser verdankt.

3. Geschäfte

- 8 E2.B. **Statistiken, Verzeichnisse**
 Jahresrechnung und Geschäftsbericht der Arosa Energie für
 das Geschäftsjahr 2017

Antrag:

Paul Schwendener liest den Antrag des Gemeindevorstandes vor:

„Werte Mitglieder des Gemeindeparlaments

Der Gemeindevorstand stellt dem Gemeindeparlament den Antrag, die Jahresrechnung 2017 der Arosa Energie zu genehmigen.“

Eintreten:

Paul Schwendener gibt das Wort für das Eintreten auf das Geschäft frei. Gemäss Art. 24 Abs. 2 der Geschäftsordnung ist das Eintreten obligatorisch bei Geschäften, deren Behandlung nicht unterbleiben darf. Es werden keine Wortmeldungen seitens des Parlaments oder des Gemeindevorstandes gewünscht.

Sachverhalt:

Der Gemeindevorstand hat die Jahresrechnung 2017 der Arosa Energie an seiner Sitzung vom 29. Mai 2018 behandelt und zuhanden des Gemeindeparlaments verabschiedet. Der Geschäftsbericht mit Jahresbericht 2017 wurde den Mitgliedern des Gemeindeparlaments direkt von der Arosa Energie sowie zusätzlich per Mail durch den Aktuar zur heutigen Sitzung zugestellt. Die Unterlagen bilden einen integrierenden Bestandteil des Protokolls. Sie sind ebenfalls auf der Homepage von Arosa Energie öffentlich aufgeschaltet.

Parlamentspräsident Paul Schwendener erteilt das Wort an Bruno Preisig, Departementsvorsteher Soziales und Energie.

Bruno Preisig erläutert, dass bei der Behandlung der Jahresrechnung 2016 vor einem Jahr informiert wurde, dass die künftigen Rechnungen der Arosa Energie nicht mehr so gut abschliessen werden aufgrund des Ende 2016 ausgelaufenen Vertrages mit der EWZ. Das Budget 2017 hat dann auch einen Verlust von über CHF 300'000.- veranschlagt. Dank der guten Arbeit von Arosa Energie konnte im 2017 dennoch ein Gewinn von rund CHF 72'000.- erzielt werden. Für die weiteren Erläuterungen erteilt Bruno Preisig das Wort an Alois Rüsche, VR-Präsident der Arosa Energie, und Tino Mongili, Geschäftsführer.

Tino Mongili gibt in einer Kurzpräsentation Einblicke in das Projekt "Wasserkraft Peist AG". Diese sind nach der Fertigstellung der Kraftwerke Trinkwasserkraftwerk Tarnatel und Kraftwerk Farbtobel in den vergangenen Tagen ans Netz gegangen. Die Investitionssumme beträgt rund CHF 3 Mio. Diese Kosten konnten mit sehr geringfügigen Kostenüberschreitungen eingehalten werden. Das Trinkwasserkraftwerk Tarnatel produziert rund 230'000 kWh pro Jahr und das Kraftwerk Farbtobel rund 920'000 kWh pro Jahr. Diese Menge an Strom und Investitionskosten würde sich nicht lohnen mit den heutigen Marktpreisen auf dem Strommarkt. Dafür wurde in der Schweiz die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) ins Leben gerufen, von welcher die beiden Kraftwerke profitieren. Für das Trinkwasserkraftwerk Tarnatel werden 25.9 Rappen/kWh während 25 Jahren und für das Kraftwerk Farbtobel 20.9 Rappen/kWh während 25 Jahren durch die KEV entschädigt. Mit dieser Entschädigung über 25 Jahre können die beiden Kraftwerke soweit abgeschrieben werden, dass sie dann auf dem Markt kostendeckend betrieben werden können. Es ist heute natürlich nicht bekannt, was dann zumal für Energiepreise sein werden.

Alois Rüsche geht auf den Geschäftsbericht 2017 der Arosa Energie ein und führt durch die Bilanz, Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung 2017 der Arosa Energie. Er

ist erfreut, dass trotz des budgetierten Verlustes von CHF 310'273.- ein kleiner Gewinn von CHF 72'335.- präsentiert werden kann.

Die Rechnung 2017 der Arosa Energie schliesst bei Bruttoerlösen aus Lieferungen und Leistungen von CHF 11'051'825.- und Gesamtaufwendungen von CHF 10'979'490.- mit einem Einnahmenüberschuss von CHF 72'335.- ab. Die Bilanzsumme mit Aktiven und Passiven beträgt je CHF 23'329'723.-. Die Gesamtinvestitionen inklusive aktivierten Eigenleistungen betragen CHF 1'784'814.-. Es wurden Abschreibungen in der Höhe von CHF 2'641'058.- getätigt. Im Jahr 2017 flossen CHF 2'045'088.- an Leistungen an die Gemeinde Arosa.

Erwägungen / Detailberatung:

Gemäss Art. 36 Abs. 6 steht dem Gemeindeparlament die Befugnis zu, die Rechnung der Arosa Energie zu genehmigen.

Alessandro Minnella bedankt sich bei Alois Rütsche und Tino Mongili, sowie bei der Mannschaft der Arosa Energie für die gute Arbeit und dass die Arosa Energie die Kosten im Griff hat. Ebenso bedankt er sich für die abgegebenen Informationen.

Markus Lüscher fragt, wie die Arosa Energie die Einspeisevergütung für die Zukunft beurteilt, da diesbezüglich in Bern einiges in Bewegung geraten ist. Dies hat auch Einfluss auf die Rechnung.

Alois Rütsche sagt, dass in diesem Bereich dauernde Veränderungen stattfinden. Das Projekt "Kraftwerk Peist" geriet zur "Zitterpartie", da die Spielregeln geändert wurden. Diese werden fast monatlich geändert. Ein grosser Kampf war nötig, um die Rechte zu sichern, welche vorgängig einmal zugesichert wurden. Bezüglich Entwicklung ist es so, dass die Wartefristen für die Einspeisevergütung riesig sind. Dabei spricht man von Jahren. Man kann mit der Finanzierungshilfe bei der Erstellung nicht rechnen, da die Beiträge erst viel später fließen. Kleinwasserkraftwerke, wie sie in Peist erstellt wurden, sind keine erwünschten Projekte mehr. Erwünscht sind aktuell Grosswasserkraftwerke, sowie Wind- und Sonnenenergieprojekte. Man hat aber keine Garantien bezüglich den Wartefristen. Es ist eine ganz schwierige Situation.

Tino Mongili ergänzt, dass in Zukunft nur noch die ganz grossen Photovoltaikanlagen gefördert werden. Was man heute noch bekommt sind die Einmalvergütungen, aber auf diese wartet man mittlerweile rund zwei Jahre. Das BFE legt sich hier jedoch nicht fest. Man kann froh sein, wenn sich die Spielregeln nicht ändern. Er geht davon aus, dass die Beiträge beim Trinkwasserkraftwerk Peist für die nächsten 25 Jahre gesichert sein sollten. Wenn es eine Gesetzesänderung auf Bundesebene gibt, könnte dies aber ändern. Tino Mongili weiss nicht, was für Rechtsmittel dann herangezogen werden könnten. Investitionsentscheide wurden gefällt unter Berücksichtigung der Ausrichtung der entsprechenden Beiträge. Es ist kritisch, was momentan läuft und es ist sehr dynamisch. Es ist mittlerweile schwierig geworden eine saubere Kosten-/Nutzenrechnung zu machen. Mit viel Idealismus geht es, zumal die Strompreise recht tief sind.

Ruth Moro hat einen Bericht gelesen, wonach in der Schweiz der Endverbraucheranteil für erneuerbare Energie 21% beträgt, gemäss den Zahlen aus dem Jahr 2014. Dieser Anteil setzt sich hauptsächlich aus der Wasserkraft zusammen. Sie fragt, wie es in Arosa

aussieht und ob die Möglichkeit in Arosa besteht alle Haushalte mit erneuerbarer Energie abzudecken. Die Produktion erneuerbarer Energie ist günstiger geworden und kann zu Marktpreisen angeboten werden.

Alois Rütsche sagt, dass beim Stromverbrauch der Anteil Wasserkraft in der Schweiz bei 60% liegt. Heute hat jeder die Möglichkeit die Energie zu kaufen, welche er für gut befindet. Es ist eine Frage des Preises. Man kann 100% Photovoltaik einkaufen oder 100% Wind oder 100% Wasser. Es gibt auch die Möglichkeit einen Mix zu kaufen. Bei den Tarifen der Arosa Energie kann entnommen werden, welche Qualität wieviel kostet. Basispreis in Arosa ist 100% Wasserkraft. Es gibt keinen grauen Mix mehr. Die Arosa Energie produziert mehr Wasserkraft als es der Gesamtelektrizitätsverbrauch in der Versorgungsregion Arosa benötigt. Diese muss auf dem Markt abgesetzt werden. Arosa ist jedoch auf den Einkauf in der Schwachlastzeit angewiesen, wenn eine schwache Produktion vorliegt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, bedankt ich Alois Rütsche bei Tino Mongili und seinem Team für den Einsatz im vergangenen Jahr.

Mitteilung GPK

Paul Schwendener gibt das Wort an die Geschäftsprüfungskommission (GPK) weiter. Patric Iten verweist auf den schriftlichen Bericht der GPK vom 17. April 2018 Weiter verweist Markus Buchli auf den Bericht der Revisionsstelle Capol & Partner AG vom 26. März 2018. Beide Berichte sind im Geschäftsbericht aufgeführt. Die GPK führte das Gespräch mit der Geschäftsleitung und konnte ihre Fragen anbringen, welche kompetent beantwortet wurden. Die GPK beantragt, die Jahresrechnung 2017 der Arosa Energie zu genehmigen und den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung zu entlasten.

Schlussabstimmung:

Paul Schwendener bedankt sich bei Alois Rütsche und Tino Mongili für ihre Arbeit und lässt über den Antrag des Gemeindevorstandes abstimmen.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die Jahresrechnung 2017 der Arosa Energie mit Erfolgsrechnung (Jahresergebnis CHF 72'335.-), Gesamtinvestitionen mit aktivierten Eigenleistungen (CHF 1'784'814.-) und Bilanz (Aktiven und Passiven CHF 23'329'723.-) wird einstimmig genehmigt. Das Stimmverhältnis beträgt 12:0, bei zwei abwesenden Parlamentariern.
2. Protokollauszug an:
 - Arosa Energie, z.Hd. Tino Mongili, Haus EWA, 7050 Arosa
 - Geschäftsprüfungskommission (3x)
 - Capol & Partner AG, Ottostrasse 29, 7000 Chur (Revisionsstelle)
 - Ressort Energie und Soziales
 - Finanzverwaltung
 - Gemeindekanzlei

9 F3.8.3. **Budget, Jahresrechnungen, Nachtragskredite**
Jahresrechnung 2017

Antrag:

Paul Schwendener liest den Antrag des Gemeindevorstandes vor:

„Werte Mitglieder des Gemeindeparlaments

Der Gemeindevorstand beantragt dem Gemeindeparlament, gemäss Art. 36 Abs. 5 der Verfassung der Gemeinde Arosa, die Jahresrechnung 2017 der Gemeinde Arosa wie folgt zu genehmigen: Die Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von CHF 34'504'966.43, einem Ertrag von CHF 34'780'202.04 und einem Gewinn von CHF 275'235.61

Die Investitionsrechnung mit Ausgaben von CHF 9'691'827.51, mit Einnahmen von CHF 4'620'822.90 sowie Nettoinvestitionen von CHF 5'071'004.61

Die Bilanz mit Aktiven und Passiven von je CHF 127'128'363.30

Das Eigenkapital beträgt CHF 94'614'105.47“

Eintreten:

Paul Schwendener gibt das Wort für das Eintreten auf das Geschäft frei. Gemäss Art. 24 Abs. 2 der Geschäftsordnung ist das Eintreten obligatorisch bei Geschäften, deren Behandlung nicht unterbleiben darf.

Ludwig Waidacher sagt, dass die Jahresrechnung 2017 auf den ersten Blick nicht schlecht aussieht, da sie einen Gewinn ausweist. Auf der anderen Seite verweist er auf den parlamentarischen Auftrag zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung. Der Vorstand hat dieses Projekt nicht gerne gesehen, resp. sich gefragt, warum das Parlament das will. Im Anhang zur Jahresrechnung auf Seite 19 wird jedoch aufgezeigt, dass der Aufwand seit dem Jahr 2013 bis zum Jahr 2017 um 20% gestiegen ist. Das ist nicht wenig. Der Gemeindevorstand schreibt beim Selbstfinanzierungsgrad, dass der Cash-Flow stark gesunken ist, was in Zukunft weniger Investitionen zulässt. Diese Feststellung ist nicht gut. Das wurde im Parlament ebenfalls festgestellt und deshalb hat das Gemeindeparlament gesagt, dass man mehr sparen muss. Es soll nicht gespart werden um die Leute zu ärgern, sondern weil gespart werden muss. Der Gemeindepräsident macht dies dem Parlament immer etwas zum Vorwurf. Aber wenn CHF 1 bis CHF 2 Mio. gespart würden, hätte die Gemeinde mehr Cash-Flow, welcher für Investitionen zur Verfügung stehen würde. Der Bericht im Anhang bestätigt dies. Die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung wurde aufgenommen, die Arbeiten finden statt. Ludwig Waidacher will sein Eintretensvotum einfach als "Reklame" für die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung verstanden haben. Wenn man die anderen Zahlen betrachtet und sich fragt, wo Kostensteigerungen stattgefunden haben, so sieht man, dass Leistungen im Bereich Tourismus übernommen wurden. Weiter ist bekannt, dass die Kosten im Gesundheitswesen immer steigen. Ein Traktandum dazu steht an der

heutigen Versammlung an und man muss dabei mitmachen, wenn man eine einigermaßen konkurrenzfähige Grundversorgung haben will. Bei diesen Ausgaben hat man nicht viel Handlungsspielraum. Es bestehen aber Möglichkeiten. Für Ludwig Waidacher sind die Nachtragskredite ein Dorn im Auge. Er findet es gut, dass der Gemeindevorstand einen Handlungsspielraum hat und auch kurzfristig handeln kann. Seit jedoch die neue Verfassung besteht, bewegen sich die Nachtragskredite immer nahe an der Millionengrenze. Man fragt sich, ob dies der Sinn von den Nachträgen ist. Im Grossen Rat Graubünden müssen Nachträge sehr gut begründet sein und es sich praktisch um Notsituationen handeln. Es ist nicht notwendig bei der Gemeinde die gleichen Kriterien anzuwenden. Es sollte der Mittelweg gefunden werden und etwa die Hälfte der Summe der Nachtragskredite wäre richtig. Wenn man die Verfassungsrevision angeht, welche der Gemeindepräsident auch schon angesprochen hat im Hinblick der Einführung von 1 bis 2 Gemeindeversammlungen pro Jahr für das Budget und allenfalls für die Rechnung, sollte die Nachtragskreditslimite resp. die Kompetenz hinterfragt werden. Es braucht in dieser Situation eine Hürde und wenn Notsituationen vorliegen, sollen die Nachtragskredite selbstverständlich gesprochen werden können. Aber dass die Nachtragskredite von einer Million wie ein Blankoscheck immer ausgenutzt werden, ist fraglich. Bei der Budgetbehandlung muss sich dann das Parlament selber hinterfragen. Wenn es selber konsequent wäre, hätte das Parlament das Budget jedes Mal um CHF 1 Mio. kürzen müssen, weil es weiss, dass die Million sowieso ausgegeben wird. Das wäre etwas, dass im Zusammenhang mit der Verfassungsrevision hinterfragt werden könnte, wenn es eine solche mal gäbe. Ludwig Waidacher hofft, dass man mit den eingeleiteten Schritten der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung zu einem Ziel zum Wohle von Arosa kommt und vor allem, dass man mehr Kraft hat um zu investieren. Investitionen werden nötig sein. Es wird nicht so schnell aufwärts gehen, dass wieder Geld in die Kasse gespült wird. Man ist gefordert und bevor über Einnahmen gesprochen werden kann muss geprüft werden, wo vernünftig gespart werden kann ohne dass es schmerzt.

Sachverhalt:

Der Gemeindevorstand hat die Jahresrechnung 2017 der Gemeinde Arosa an seiner Sitzung vom 06. April 2018 behandelt und zuhanden des Gemeindeparlaments und der Geschäftsprüfungskommission verabschiedet. Die detaillierten Rechnungsunterlagen wurden den Mitgliedern des Gemeindeparlaments mit Email vom 01. Juni 2018 zugestellt. Der Jahresbericht 2017 wurde vom Gemeindevorstand an seiner Sitzung vom 29. Mai 2018 behandelt und den Mitgliedern des Gemeindeparlaments informativ zugestellt. Der Jahresbericht 2017 wird auf der Homepage der Gemeinde Arosa publiziert und bildet einen integrierenden Bestandteil des Protokolls.

Paul Schwendener erteilt dem zuständigen Departementsvorsteher, Gemeindepräsident Lorenzo Schmid das Wort.

Lorenzo Schmid sagt, dass beim Vergleich der Rechnung 2017 und der Rechnung 2013 nicht vergessen werden darf, dass die Gemeinde in den Jahren 2013 und 2014 von der Finanzkraftklasse 4 profitiert hat. Dies war ein ganz wesentlicher Teil für die Fusion gewesen, mit welchem in den Ortschaften für die Fusion geworben wurde. Mit dem neuen Rechnungsmodell wurde die Gemeinde vom Kanton auf dem "falschen Bein"

erwischt, da dieser Vorteil plötzlich weggefallen ist. Seitens des Kantons wurde versprochen, dass die Gemeinde mit dem neuen Finanzausgleich CHF 1 Mio. erhält. Effektiv sind es heute noch CHF 50'000.-. In vielen Bereichen musste die Gemeinde daher selber die Verantwortung übernehmen und Ausgaben tätigen, was man sich vor der Fusion so nicht erhofft hatte. Bezüglich den Nachtragskrediten sagt Lorenzo Schmid, dass es sich um ein schönes Instrument für den Gemeindevorstand handelt. Man muss aber auch sehen, dass es sich um viele Beiträge aus dem Bereich Tourismus, Sport und Kultur handelt. Gerade jetzt liegt ein Antrag des EHC Arosa auf dem Tisch, mit welchem die Gemeinde ersucht wird, jedes Jahr CHF 50'000.- dem EHC Arosa zu spenden. Lorenzo Schmid macht dies gerne, aber wenn das Parlament zum Sparen aufruft, dann können solche Sachen nicht mehr berücksichtigt werden. Im Rahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung wird man sehen, dass das Eine oder Andere zum Opfer fallen wird. Man muss aufpassen mit dem Begriff "Sparen", mit welchem sich die Politiker überall beliebt machen. Man muss abwägen, in welcher Situation man sich befindet und wann effektiv Sparen angesagt ist und wann nicht. Dies muss in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Lorenzo Schmid erläutert die Jahresrechnung 2017. Die Übersicht zeigt, dass eine Finanzierungslücke von CHF 0.3 Mio. besteht und die Gemeinde die Investitionen somit nicht mehr komplett selber finanzieren konnte und sie sich um diesen Betrag verschulden musste. Vom Betrag her ist es nicht so dramatisch und heute kann die Gemeinde günstig Geld aufnehmen.

Zur Erfolgsrechnung 2017 erläutert Lorenzo Schmid den Unterschied bei den Fiskalerträgen (2016: CHF 16'885'422.85; 2017: CHF 16'000'387.76). Der Schwund von CHF 800'000.- ist zu relativieren. Effektiv handelt es sich um einen Schwund von CHF 400'000.-. Im Jahr 2016 wurden CHF 800'000.- generiert, welche im Umfang von CHF 400'000.- ins nächste Jahr gehört hätten. Die CHF 400'000.- kommen dann im Jahr 2018. Beim ausserordentlichen Aufwand besteht eine Differenz von rund CHF 1.55 Mio. (2016: CHF 1'866'413.38; 2017: CHF 309'270.80). Im 2016 wurden ausserordentliche Abschreibungen getätigt. Im Jahr 2017 setzt sich der Betrag von CHF 309'270.80 aus der Abschreibung der Aktien Hotel Bahnhof Langwies, dem gesprochenen Beitrag an die Sportbahnen Hochwang im Umfang von CHF 50'000.- und dem Beitrag von CHF 180'000.- an das Arosa Humorfestival, welcher kurzfristig gesprochen wurde, zusammen. Das operative Ergebnis 2017 ist rund CHF 2.8 Mio. schlechter ausgefallen als im Vorjahr. Es wurden weniger Einnahmen bei Einkommen- und Grundstückgewinnsteuer erzielt und der Sachaufwand hat sich erhöht. Die Bilanz weist einen Überschuss von CHF 82'423'198.98 aus. Dieser resultiert aus den Gewinnen, welche Arosa gemacht hat und aus den Aufwertungen welche mit dem Rechnungslegungsmodell HRM2 vorgenommen werden mussten. Das Darlehen von CHF 10'690'000.- beinhaltet die Arosa Energie, die Arztpraxis Arosa AG und das Hotel Bahnhof Langwies AG. Weiter erläutert Lorenzo Schmid die Kennzahlen "Investitionsanteil, Selbstfinanzierungsgrad und Bruttoverschuldungsanteil".

Mitteilung GPK

Im Anschluss an die Erläuterungen durch Gemeindepräsident Lorenzo Schmid erteilt Paul Schwendener das Wort an die Geschäftsprüfungskommission (GPK). Patric Iten

verweist auf ihren Bericht vom 07. Mai 2018 und auf den Bericht der externen Revisionsstelle Capol und Partner AG, Chur, vom 29. März 2018. Die GPK ist mit Vertretern der Gemeinde zusammengekommen, welche die Fragen der GPK kompetent beantworten konnte. Die GPK beantragt die Jahresrechnung 2017 der Gemeinde Arosa zu genehmigen und den Gemeindevorstand zu entlasten.

Erwägungen / Detailberatung:

Paul Schwendener führt durch die Jahresrechnung 2017.

Erfolgsrechnung

- 2 Bildung
- 21 Obligatorische Schule
- 212 Primarstufe
- 2121 Integrierte Förderung und Logopädie

Rechnung 2017: CHF 121'512.25 (Rechnung 2016: CHF 108'970.30)

Ludwig Waidacher stellt fest, dass es in diesem Bereich einen ziemlichen Anstieg gegeben hat, obwohl es nicht mehr Schülerinnen und Schüler hat. Er fragt, wie dies in Zukunft aussehen wird und ob es eine anhaltende Tendenz oder eine Momentaufnahme ist. Weiter fragt Ludwig Waidacher ob dies auch etwas mit der Integration zu tun hat.

Die anwesende Schulratspräsidentin Cinzia Hediger sagt, dass eine Voraussage schwierig ist. Die Berichte der Schulpsychologin kommen relativ kurzfristig. Auch bei einer geringen Schülerzahl gibt es solche, welche den entsprechenden Bedarf haben. Dann ist der Aufwand für die Betreuungsperson gleich gross, unabhängig von der Schülerzahl. Cinzia Hediger bestätigt, dass dies auch im Zusammenhang mit der Integration steht.

- 219 Volksschule übriges
- 2192 Volksschule Sonstiges

Konto 3636.00, Beiträge an private Organisationen; CHF 129'978.65.-

Markus Lüscher stellt fest, dass es sich um einen hohen Beitrag handelt. Er fragt welche Organisationen begünstigt werden.

Patrick Hediger antwortet, dass es sich um die Position "geleitete Freizeit" handelt. Alle Vereine der Gemeinde Arosa bekommen Geld für die Betreuung von Kindern. Der Schulrat prüft, welcher Verein wieviele Stunden lang Kinder betreut. Am Schluss wird das Geld anhand dieser Betreuungsstunden verteilt. Der Betrag von CHF 130'000.- besteht seit rund 20 Jahren in der Gemeinde Arosa und ist auch nicht erhöht worden wegen der Fusion. Aber es gibt auch Vereine im Tal, welche Geld über diese Position erhalten. Es sind hauptsächlich Sportvereine. Es handelt sich nur um Vereine in der Gemeinde Arosa. Vereine ausserhalb der Gemeinde werden nicht berücksichtigt.

- 3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche
- 34 Sport und Freizeit
- 342 Freizeit
- 3421 Campingplatz

Konto 3010.00, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Betrag CHF 23'605.05, Schneeräumung Bauamt und Aufsicht durch Parkhausteam

Markus Lüscher stellt fest, dass gegenüber dem Vorjahr mehr Geld ausgegeben wurde. Das Parkhausteam ist angestellt. Er fragt, welche Zusatzfunktion das Parkhausteam bei der Schneeräumung hat.

Patrick Hediger antwortet, dass ein kleines Parkhausteam hauptsächlich die Parkhäuser in Arosa betreut. Diese betreuen aber auch den Campingplatz und sind für den Einzug der Gelder verantwortlich. Sie rapportieren jeden Monat ihren Aufwand. Im 2017 hat das Parkhausteam mehr für den Camping gearbeitet und dafür weniger in einem anderen Bereich. Was dazugekommen ist, ist die Schneeräumung. Das Bauamt rapportiert auch seine Stunden. Diese werden auf die verschiedenen Kostenstellen verteilt. Im 2017 hat das Bauamt mehr Stunden für die Schneeräumung ausgewiesen als im Jahr 2016.

- 6 Verkehr
- 61 Strassenverkehr
- 6150 Gemeindestrassen
- 6151 Strassen und Wege Tal

Konto 3130.08, Schneeräumung durch Dritte: Betrag CHF 406'271.70; Kostenexplosion Schneeräumung Tal.

Alessandro Minnella sagt, dass die Frage zur Kostenexplosion Schneeräumung Tal bereits vorgängig der Parlamentssitzung gestellt wurde. Gewisse Antworten wurden gegeben. Er fragt, ob der Gemeindevorstand sich noch zu dieser Position äussern möchte.

Peter Bircher sagt dazu, dass die Gemeinde für eine gute Schneeräumung verantwortlich ist und der Einwohner das Recht darauf hat. Mit allen Unternehmern, welche die Schneeräumung durchführen, hat die Gemeinde Verträge abgeschlossen. Abgerechnet wird nach ASTAG-Tarifen. Je nach Maschine, die der Unternehmer einsetzt, hat er einen entsprechenden Stundenansatz zu Gute. Es ist so, dass es im vergangenen Winter sehr viel Schnee hatte und es einen Frühwintereinbruch 2017 gab. Die Folge war, dass viel mehr Zeit für die Schneeräumung und den Winterdienst investiert wurde. In den einzelnen Ortschaften bestand sogar das Problem, den Schnee deponieren zu können und es wurde diskutiert, den Schnee abzuführen. Dies wurde nicht gemacht, da dies noch höhere Kosten verursacht hätte. Als Tourismusgemeinde war man froh, dass der Schnee intensiv gekommen ist. Auf der anderen Seite steht der Aufwand der Gemeinde für den Winterdienst. Man arbeitet mit den Unternehmern zusammen und rechnet nach ASTAG-Tarifen ab. Das wird ein Punkt sein, der allenfalls in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung zu behandeln ist.

Ludwig Waidacher sagt, dass es im vergangenen Winter mehr Schnee gegeben hat. Die Erklärung ist nicht ausreichend, da man die Rechnung 2017 vor sich hat und im

November/Dezember hat es ein wenig mehr Schnee gegeben. Die grosse Rechnung wird im Jahr 2018 kommen. Es gab im letzten Jahr Diskussionen in Arosa wegen der Schneeräumung. Man wollte teilweise laufende Verträge kündigen. Man war sich der Problematik bewusst. In Arosa liegt eine Überschreitung von 50% und im Tal eine Überschreitung von 200% vor. Für Ludwig Waidacher reicht die Erklärung nicht, dass nur dem Klima die Schuld dafür gegeben werden kann. Er fragt sich, ob man hier auf dem richtigen Weg ist. Peter Bircher hat angetönt, dass man dies in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung anschauen wird. Dies wird jedoch eine längere Sache geben. In diesem Bereich müsste ein Zwischenschritt gemacht werden. Erfahrungszahlen aus anderen Gemeinden sind vorhanden. Klosters oder Schuls haben auch viele Wege. Es ist zu prüfen, welche Strassen bestehen, wie diese klassifiziert sind und wie sie geräumt werden. Alle sind froh, wenn es mal mehr Schnee gibt, aber die Abweichung ist zu gross um es nur mit der Schneemenge zu begründen. In Arosa war man sich der Problematik bewusst und hat wegen der Verträge diskutiert. Im Tal besteht die Problematik aber immer noch. Hier muss kurzfristig gehandelt werden und nicht erst die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung abwarten. Es ist zu überprüfen, ob Vergleichszahlen vorhanden sind und wo wurde mit der Räumung übertrieben. Ludwig Waidacher appelliert, dass man auf den nächsten Winter erste Massnahmen trifft. Es kann nicht sein, dass so weitergemacht wird.

Peter Bircher ergänzt, dass in den vorangegangenen Winter, bspw. 2016, im Tal praktisch kein Schnee lag. Auch in Arosa hatte es nur wenig Schnee. Im Tal verursachte dies nur einen sehr geringen Aufwand im Winterdienst. Im Gemeindevorstand wird nun darüber befunden, wie der Winterdienst in Arosa ausgeschrieben werden soll. Das ist eine bestehende Pendeuz. Das Vorgehen wird auch auf den Rest der Gemeinde angewendet. Der Kanton arbeitet mit den ASTAG-Tarifen. Es ist "witzlos" wenn jeder Unternehmer zu den gleichen Tarifen eine Offerte macht und die Differenz zwischen den Unternehmern nur durch den Rabatt, welchen die Unternehmer gewähren, besteht. Die Tarife bei der Ausschreibung sind bei allen die gleichen. Das heisst nicht, dass die Gemeinde Arosa das gleiche Vorhaben so anwenden muss. Es stellt sich die Frage, ob man die Tarife nicht anwenden soll und den Unternehmern es überlassen soll, Offerten nach eigenen Kalkulationen einzureichen.

Lorenzo Schmid ergänzt, dass man hier sofort reagieren will. Die Ziele der Leistungsüberprüfung werden noch kommuniziert im Laufe der Sitzung. Bezüglich der Schneeräumung fanden tatsächlich in den letzten 1 ½ Jahren Diskussionen statt. Es sind drei Firmen in Arosa: Campagnari, Castelli und Allemann. Diese sind am Auftrag interessiert und bei einer Ausschreibung werden diese drei dabei sein. Es fragt sich, ob man auch externe Unternehmer einbeziehen soll. Dies ist aktuell auch Gegenstand von Diskussionen im Gemeindevorstand im Zusammenhang mit dem Baukartell-Skandal in Graubünden. Dies muss beobachtet werden, da bekannt ist, dass die WEKO weiterhin in Graubünden tätig ist und die Gemeinden prüfen wird. Der Gemeindevorstand wird dazu einen Beschluss fassen, wie er generell bezüglich Vergabungen künftig weiter vorgehen will. Dies um zu prüfen, ob die Preise stimmen und ob diese für die Steuerzahlen auch zumutbar sind. Im Tal sind mehrere Firmen involviert. Das Hauptproblem ist, dass die Gemeinde keine Kontrolle darüber hat. In Arosa ist die Kontrolle gewährleistet. Der Werkmeister schaut genau hin. Im Tal wird wahrscheinlich einfach drauf losgefahren wenn es Schnee gibt und es ist niemand da, der das kontrolliert. Das muss die Gemeinde in den Griff bekommen.

Peter Bircher sagt, dass hier nicht zum Ausdruck gebracht werden soll, dass den Unternehmern gewisse "Schindluderei" unterstellt wird. Aber es ist ein Punkt, den man in diesem Zusammenhang auch betrachten muss. Bezüglich Kontrolle ist weitgehend durch externe Faktoren gegeben. Derjenige, der bspw. die Schneeräumung Lünen macht, wird vom Kanton für die Kantonsstrasse nach Lünen aufgeboten. In diesem Zusammenhang erledigt er gleich noch die Schneeräumung im Dorf Lünen. Gewisse Kontrollen sind gegeben. Nicht vergessen werden darf die grosse Erwartungshaltung der Einwohner an die Schneeräumung. Egal wieviel Schnee liegt, man erwartet, dass man gut durch die Strassen kommt. Wenn kein Schnee liegt, wird erwartet, dass gesalzen wird. Dies betrifft mehr die Talortschaften.

Andrea Hagmann äussert sich als Unternehmer. Es ist zu differenzieren zwischen Arosa und Tal in dem Sinn, dass im Tal eine Schwarzräumung durchgeführt wird. Im Tal variiert es von der Schneemenge. Sobald auch nur eine geringe Schneemenge liegt, bspw. 5 cm, muss die Schneeräumung durchgeführt werden, ansonsten gefriert der Schnee. Es kann somit sein, dass im Tal die Schneeräumung täglich durchgeführt werden muss. In Arosa kann der Schnee liegen bleiben, dieser wird dann platt gefahren und so belassen. Zwecks Überprüfung der Situation schlägt Andrea Hagmann vor mittels einer Excel-Tabelle den Vergleich von Unternehmer zu Unternehmer über die Jahre vorzunehmen und die Abweichungen zu analysieren. Dann erkennt man, wenn eine Abweichung von einem Dorf zum anderen vorliegt, welche nicht sein sollte. Bezüglich Kontrolle sagt Andrea Hagmann, dass dies der Werkmeister praktisch gar nicht kontrollieren kann. Es kann in Castiel schneien und in Peist und in Langwies nicht. Es muss vom Unternehmer beurteilt werden, anders ist es fast nicht machbar. Die Winterdienste kann man vielleicht auch ausschreiben. Es gibt verschiedene Unternehmungen, die gar nicht die Möglichkeit haben um alles abzudecken, sondern nur einen Teil. Andrea Hagmann könnte mit seiner Firma nicht die ganze Schneeräumung machen, wäre aber sehr froh, wenn Jahresstellen angeboten werden können. Man kann auch nicht sagen, dass der billigste der Beste ist. Der Billigste hat nicht die schnellsten und saubersten Fahrzeuge. Dies muss auch berücksichtigt werden. Dass etwas gemacht werden muss und dass die Transparenz gewährleistet ist, ist klar. Es gibt verschiedene Wege dahin. Der härteste Weg ist nicht immer der Beste.

Martin Michael sagt, dass es wichtig ist, die Kosten weiterhin im Griff zu haben und diese genau anschaut. Wenn die Aussage kommt, dass die Schneeräumung im Tal 250% teurer ist als im Vorjahr, so ist das für ihn eine logische Erscheinung. Betrachtet man die Stadt Chur mit einer Höhe von ca. 600 m.ü.M., so kann sich dort ein Winter zum anderen bezüglich Schneeräumung um den gleichen Prozentsatz oder sogar noch höher auswirken. Wenn im Tal ein milder Winter vorliegt, kommt man mit wenig Kosten davon. In Arosa läuft die Schneeräumung immer. Es hat immer Schnee und es gibt immer etwas zu tun. Im Tal, insbesondere im äusseren Teil des Schanfiggs, bedeutet Schnee zu haben oder nicht zu haben, dass sich die Schere Arosa/Tal auseinanderbewegt. Die Auswirkungen von Jahr zu Jahr und die Unterschiede sind aufgrund der unterschiedlichen Meereshöhen wesentlich grösser im Tal als in Arosa. Dies ist insbesondere dann der Fall, wie beim letzten Winter, wo es enorm viel Schnee bis in die Talsohle gab. Es wäre falsch zu sagen, den Unternehmern die Schuld zu geben oder zu sagen, dass man die Situation im Tal nicht im Griff hat. Die Unternehmer prüfen die Situation genau, ob sie die Schneeräumung machen müssen oder nicht. Die Anforderungen sind im Tal genau gleich hoch wie in Arosa mit dem Unterschied, dass

Arosa die Arbeiten für den Gast macht. Im Tal sind die Einheimischen mehrheitlich betroffen.

Lorenzo Schmid ergänzt, dass es sich nicht um einen Vorwurf an die Unternehmer handelt. Es ist ein Vorwurf an den Gemeindevorstand und an die Verwaltung. Diese müssen das in den Griff bekommen. Man muss es anders aufgleisen, so dass man gewisse Kontrollen hat, damit man eine Erklärung abgeben kann. Die Gemeinde konnte keine Erklärung dazu abgeben.

Markus Lütscher würde nicht die Unternehmer kontrollieren. Dies ist schwierig und aufwändig. Wie es vermutlich auch bei anderen Gemeinden der Fall war, liegt das Problem bei der Einsatzleitung. Es braucht jemanden, der zentral entscheiden kann und dass miteinander abgesprochen und koordiniert wird. Dann hätte man in dieser Hinsicht Erfolg. Dann leidet auch die Qualität nicht darunter, denn die Erwartungshaltung der Bevölkerung ist hoch oder sogar zum Teil übersteigert. Mit einer guten Einsatzleitung wäre Potenzial vorhanden.

Bruno Preisig merkt an, dass in Molinis der Schnee immer in die Gärten geschleudert wird. Es liegt nun ein Antrag von gewissen Leuten von Molinis vor, den Schnee von Molinis wegzuführen. Wenn man es in Molinis machen sollte, müsste der Schnee auch in allen anderen Ortschaften abgeführt werden. Das würde hohe Kosten verursachen und es stellt sich die Frage, wo man sparen soll. Es ist die Erwartungshaltung der Bevölkerung. Alle wollen den Schnee, aber nicht vor der eigenen Haustüre.

6150 Gemeindestrassen

6155 Parkgarage Sandhubel

Konto 3300.00, Ordentliche Abschreibung Verwaltungsvermögen: Betrag CHF 4'809.-; Weniger Abschreibungen wegen Anzahlung Verkauf Hotel Carmenna.

Ludwig Waidacher fragt, ob es sich um eine Anzahlung an das Land handelt und ob man schon weiss, wie es dort weitergeht.

Lorenzo Schmid antwortet, dass es bei der Anzahlung darum geht, dass man ihnen Parkplätze in der Tiefgarage Sandhubel anbieten würde. Die Anzahlung an das Land beträgt CHF 200'000.-. Die Situation ist so, dass entgegen dem ursprünglichen Versprechen des Baubeginns in diesem Frühling, um eine Besprechung gebeten wurde um die Situation darzulegen. Es sieht so aus, dass in diesem Jahr noch nichts laufen wird. Die Gemeinde muss sich mit zwei Dingen auseinandersetzen. Zum einen mit der Verlängerung der Baubewilligung aus öffentlich-rechtlicher Sicht. Dies könnte nochmals gemacht werden. Zum anderen mit dem Kaufrechtsvertrag in privatrechtlicher Sicht, welchen sie bis im November definitiv ausüben müssten. Es scheint eine gewisse Unsicherheit zu bestehen. Mehr kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden, da zuerst das Treffen stattfinden wird. Der Termin ist bereits festgelegt.

Ludwig Waidacher fragt, wieviel Geld sie noch der Gemeinde zahlen müssen, wenn sie mit dem Bau beginnen wollen.

Lorenzo Schmid antwortet, dass der Betrag von CHF 1.8 Mio. noch offen und zu bezahlen ist. Die Frist wurde schon einmal bis November 2018 erstreckt.

619 Werkbetrieb

6190 Werkbetrieb

Konto 3010.00, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals: Betrag CHF 184'684.59; Alte Fahrzeuge, hohe Unterhaltskosten

Markus Lütscher sagt, dass schon einmal im Parlament betreffend Neuanschaffungen von Fahrzeugen diskutiert wurde. Dannzumal wurde kritisiert, dass nicht andauernd neue Fahrzeuge angeschafft werden sollen. Die Konsequenz ist, dass man nun alte Fahrzeuge unterhalten muss. Das beisst sich gegenseitig. Damals bestand auch die Idee mit dem Konzept "Fahrzeuge". Dabei soll geprüft werden, was man alles an Fahrzeugen benötigt, welche können ersetzt werden und wo es sich lohnt Fahrzeuge zu ersetzen. Jeder Unternehmer muss diese Rechnung auch machen. Markus Lütscher fragt, ob man bezüglich besagtem Konzept einen Schritt weitergekommen ist.

Peter Bircher antwortet, dass die Gemeinde auf dem Weg dazu ist, das Konzept zu erarbeiten. Das Gemeindebauamt hat zusammen mit dem Werkdienst/Forst alle bestehenden Fahrzeuge aufgelistet und festgehalten wie alt sie sind und wieviel Betriebsstunden sie haben. Daraus soll abgeleitet werden, ob Synergien bestehen, welche genutzt werden können. Ein Ziel ist einen Plan zu erstellen, wann welches Fahrzeug ersetzt werden muss, um hohe Unterhaltskosten zu vermeiden. Peter Bircher ist sich der Pendeuz bewusst. Die Arbeiten dazu sind im Gange.

Bilanz

Es werden keine Fragen zur Bilanz gestellt.

Investitionsrechnung

Abfallentsorgung

7304.5030.34; Deponie Ris, Container mit Dach, Wachanlage, Erschliessung: Betrag CHF 120'000.-, Projekt verzögert sich

Ludwig Waidacher fragt nach dem Stand der Deponie Ris und wann diese kommen wird. Irgendwann sind die Deponien in Arosa und in St. Peter voll.

Lorenzo Schmid antwortet, dass der Kontakt mit den Grundeigentümern besteht. Das Problem dort ist, dass das Projekt eigentlich sehr gut bearbeitet und erledigt ist und unmittelbar vor dem Abschluss steht. Jedoch wurde es unterlassen, rechtzeitig mit den Grundeigentümern zusammenzukommen. Es betrifft den Bereich, wo nicht die Gemeinde Grundeigentümerin ist, sondern wo die Erbgemeinschaft Mettier und Peter Sprecher Grundeigentümer sind. Mit ihnen steht die Gemeinde in der Diskussion. Dabei geht es um die Preisfrage. Es ist verständlich, dass sie Interesse haben, ihr Grundeigentum optimal einzusetzen. Die Gemeinde ihrerseits muss aufpassen, dass sie keine Präjudiz schafft, wo es sie in Zukunft in anderen Fällen zu teuer käme. Die Deponiegebühr ist ein ganz wichtiger Teil für die Gemeinde, wie der Jahresrechnung entnommen werden kann. Die Diskussionen laufen und es fanden bereits mehrere Gespräche statt. Der nächste Termin ist im Herbst angesetzt. Gleichzeitig hat sich die Gemeinde mit der Frage auseinandergesetzt, wie es aussehen würde, wenn man das Enteignungsverfahren einleiten würde. Dieses wurde einmal beim Departement

deponiert und jetzt sistiert, da beide Seiten das wirkliche bestreben haben, dies miteinander gütlich zu lösen und nicht durch die Behörden entscheiden zu lassen.

Generelles zur Investitionsrechnung / Unterlagen zur Jahresrechnung

Christoph Junker stellt fest, dass im Investitionsbudget 2017 Nettoinvestitionen von CHF 10.38 Mio. vorgesehen gewesen sind. Die Investitionsrechnung 2017 schliesst mit Nettoinvestitionen von CHF 5.07 Mio. ab. Die Differenz zum Budget beträgt CHF 5.31 Mio. Er fragt, ob es strategisch günstig ist, wenn die angedachten Investitionen nicht getätigt werden. Die Ressourcen sind vorhanden, um die Investitionen zu tätigen. Es ist schön, wenn etwas nicht gemacht werden muss, aber aus gutem Grund wird auch ein Budget erstellt und die vorgesehenen Leistungen sollten umgesetzt werden. Das Budget beinhaltet natürlich auch diverse kleine Posten, aber im Globo wurde die Hälfte der Investitionen nicht getätigt. Gemäss Christoph Junker sollten die budgetierten Investitionen umgesetzt werden.

Lorenzo Schmid antwortet, dass das Budget die Realität nicht ganz zum Ausdruck bringt. Ein Teil betrifft rund CHF 1.5 Mio., welche für das Schulhaus noch nicht eingesetzt werden konnten, da diese noch nicht angefallen sind. Diese Ausgaben werden noch kommen. Ein anderer Teil betrifft CHF 2.5 Mio., welche die Gemeinde für den Verkauf der Liegenschaft Surlej einziehen konnte und entsprechend angerechnet wurden.

Alessandro Minnella sagt, dass er im Vorfeld zur heutigen Sitzung die Frage nach der Kostenüberschreitung von rund CHF 20'000.- beim Umbau des Hochbaubüros gestellt hat. Budgetiert waren CHF 100'000.-. Die Frage wurde beantwortet, dass die Gemeinde durch die Bauleitung nicht über die Mehrkosten informiert wurde. Für Alessandro Minnella stellt sich die Frage, wie das bei zukünftigen Projekten gehandhabt wird, wenn schon bei einem so kleinen Projekt Kostenüberschreitungen vorliegen. Er fragt, ob man das in den Griff bekommt, wenn man sich das Projekt Eishalle vor Augen führt oder beim laufenden Projekt "Schulhaus Arosa".

Yvonne Altmann antwortet, dass die Kostenüberschreitung beim Umbau des Hochbaubüros unangenehm ist. Diese haben zum Teil auch mit Brandschutzmassnahmen zu tun, welche nachträglich aufgetaucht sind. Wichtig ist, dass man die Kosten in Zukunft im Griff hat. Bruno Preisig wird unter Informationen des Gemeindevorstandes noch über den Kostenstand beim Projekt Neubau Schulhaus Arosa informieren. Bei diesem Projekt ist man bezüglich den Kosten auf gutem Wege.

Markus Lüscher stellt fest, dass im Anhang zur Jahresrechnung 2016 bei den Nachtragskrediten als letzte Position die "Mehrkosten Holzschneitzelhalle Rütland/Haspelgrube, CHF 95'000.-" aufgeführt ist. Im Anhang zur Jahresrechnung 2017 wird bei den Nachtragskrediten als erste Position der "Nachtragskredit Kostenüberschreitung Bau Holzschneitzelhalle, CHF 95'000.-" aufgeführt. Er fragt, ob dies ein Fehler beim Erfassen der Nachtragskredite ist, da es sich beide Male um den gleichen Betrag handelt. Er geht nicht davon aus, dass für den Bau der Holzschneitzelhalle 2-mal der Betrag von CHF 95'000.- angefallen ist.

Gemäss Peter Remek handelt es sich um einen Fehler im Jahresbericht, welcher korrigiert wird.

Alessandro Minnella fragt zum Revisorenbericht, dass dort immer wieder das IKS aufgeführt wird. Dazu hat er auch schon vorgängig eine Frage die Gemeinde gestellt,

welche beantwortet wurde. Alessandro Minnella fragt, wie gross der Druck ist, um das IKS bis Ende Jahr einzuführen und was die Gemeinde für Konsequenzen erwartet, wenn es bis dann nicht eingeführt wird.

Patrick Hediger antwortet, dass der Kanton vorgesehen hat, dass die Gemeinden das IKS mit der Einführung des Rechnungslegungsmodells HRM2 bis Ende 2018 einzuführen haben. Die Gemeinde Arosa hat das HRM2 schon viel früher eingeführt. Mit dem IKS wurde einmal begonnen, es wurde aber noch nicht abgeschlossen. Es wird vermutlich im Revisionsbericht noch einmal erscheinen. Die Revisionsstelle ist interessiert, dass es vorangetrieben wird, wodurch wieder Aufträge für sie entstehen. Ein Punkt des IKS betrifft die Risikoanalyse, welche gemacht wurde. Als erste Priorität steht jedoch die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung an. Die meisten Gemeinden im Kanton haben das IKS noch nicht abgeschlossen. Auch die Stadt Chur hat dies aus Kosten- und Aufwandsgründen gestoppt.

Paul Schwendener ergänzt, dass solche Bemerkungen in den Revisionsberichten solange aufgeführt werden, bis sie schliesslich umgesetzt werden.

Georg Mettier weist auf den Punkt im Revisionsbericht hin, wonach relativ viele kleine Positionen unter CHF 50'000.- über die Investitionsrechnung abgerechnet werden. Diese sollen künftig in der Erfolgsrechnung abzurechnen und nur Beträge über CHF 50'000.- in der Investitionsrechnung aktiviert werden. Er fragt, ob das künftig so machbar ist.

Patrick Hediger antwortet, dass es teilweise machbar ist. Wenn im Budget ein Projekt über CHF 60'000.- vorgesehen ist, muss es gemäss Finanzhaushaltsverordnung für die Gemeinden in das Investitionsbudget aufgenommen werden. Wenn es dann nur CHF 48'000.- kostet, macht es keinen Sinn, wenn es in der Erfolgsrechnung verbucht wird, wenn es in der Investitionsrechnung budgetiert wurde. Das führt zu grösserem Erklärungsbedarf. Nachtragsrechnungen zu Projekten, welche schon seit ein, zwei Jahren abgeschlossen sind, sollen nicht mehr in der Investitionsrechnung aufgeführt, sondern über die Erfolgsrechnung abgebucht werden. So können einige kleine Positionen bereinigt werden.

Jahresbericht 2017 (liegt dem Gemeindeparlament informativ vor)

Georg Mettier ist beim Jahresbericht aufgefallen, dass auf den letzten zwei Seiten "Veranstaltungen" im Grunde genommen der Veranstaltungskalender von Arosa Tourismus hineinkopiert wurde. Im Tal gibt es auch Veranstaltungen, welche im Jahresbericht nicht aufgeführt sind und auch nicht im Veranstaltungskalender zu finden sind. Es sind zum Teil grössere, schöne Anlässe. Wenn die Vereine die Anlässe nicht melden, sind sie auch nicht im Veranstaltungskalender. Georg Mettier regt an, dass wenn der Jahresbericht so geführt wird, dann sollten auch die Veranstaltungen des Tals aufgelistet werden. Dies gibt etwas Aufwand diese zu eruieren. Der Jahresbericht ist für die ganze Gemeinde gedacht.

Lorenzo Schmid sagt, dass künftig diese Informationen eingeholt und die Veranstaltungen des gesamten Gemeindegebiets aufgeführt werden.

Schlussabstimmung:

Paul Schwendener lässt über den Antrag des Gemeindevorstandes abstimmen.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die Jahresrechnung 2017 der Gemeinde Arosa mit der Erfolgsrechnung (Gewinn CHF 275'235.61), Investitionsrechnung (Nettoinvestitionen CHF 5'071'004.61) und Bilanz (Aktiven und Passiven CHF 127'128'363.30) wird einstimmig genehmigt. Das Stimmverhältnis beträgt 12:0, bei zwei abwesenden Parlamentariern.
2. Protokollauszug an:
 1. Geschäftsprüfungskommission (3x)
 2. Capol und Partner AG, Ottostrasse 29, 7000 Chur (Revisionsstelle)
 3. Finanzverwaltung
 4. Gemeindekanzlei

10 F3.8.2. **Buchhaltung, Kassenwesen, Inkasso, Unterschriften, Bodenerlöskonto**
Jahresrechnung 2017 - Gesamtmelioration St. Peter / Peist / Pagig / Langwies

Antrag:

Paul Schwendener liest den Antrag des Gemeindevorstandes vor:

„Werte Mitglieder des Gemeindeparlaments

Der Gemeindevorstand stellt dem Gemeindeparlament den Antrag, die Jahresrechnung 2017 der Gesamtmelioration St. Peter / Peist / Pagig / Langwies zu genehmigen.“

Eintreten:

Paul Schwendener gibt das Wort für das Eintreten auf das Geschäft frei. Es werden keine Wortmeldungen seitens Parlament oder des Gemeindevorstandes gewünscht. Das Eintreten wird nicht bestritten und ist somit einstimmig beschlossen.

Sachverhalt:

Paul Schwendener erteilt dem zuständigen Departementsvorsteher Peter Bircher das Wort. Er sagt, dass es schön ist, dass man das Projekt vorwärtsbringt und umsetzen kann. Die Subventionen, bei denen es sich um namhafte Beträge handelt, fliessen. Bei den Meliorationsrechnungen handelt es sich um eigentliche Projektabrechnungen. In der Jahresrechnung der Gemeinde sind die effektiven Kosten der Gemeinde an das Projekt aufgeführt.

Die Meliorationskommission St. Peter/Peist/Pagig/Langwies hat die Jahresrechnung 2017 der Gesamtmelioration St. Peter/Peist/Pagig/Langwies an seiner Sitzung vom 14. März 2018 behandelt und zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Gemeindevorstand hat die Jahresrechnung 2017 der Gesamtmelioration St. Peter/Peist/Pagig/Langwies an seiner Sitzung vom 25. April 2018 behandelt und zuhanden des Gemeindeparlaments verabschiedet. Sie wurde den Mitgliedern des Gemeindeparlaments per Mail am 01.

Juni 2018 zugestellt und bildet zusammen mit dem Revisorenbericht vom 08. März 2018 einen integrierenden Bestandteil des Protokolls.

Erwägungen / Detailberatung:

Alessandro Minnella sagt, dass er von Paul Schwendener informiert wurde, wie die Meliorationsprojekte funktionieren. Für ihn stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit der Meliorationen und ob es jede braucht, welche gemacht wird. Dies wurde vermutlich vorsondiert. Er stellt fest, dass Ende jeden Jahres Kosten von CHF 200'000.- bis CHF 300'000.- zulasten der Gemeinde anfallen. Über 10 Jahre macht dies CHF 3 Mio. aus. Es geht wohl auch um die Bewirtschaftung und die Erschliessung. Dies ist als Hinweis zu verstehen. Er geht davon aus, dass diese Projekte sauber geprüft wurden. Für ihn als Laie in diesem Thema ist es extrem schwer dies nachvollziehen zu können. Es ist sicher auch nicht einfach, da diese Projekte über viele Jahre laufen. Er fragt, ob der Vorstand etwas zusammenstellen könnte, um einen Einblick in die Materie bekommen zu können.

Peter Bircher antwortet, dass die Gesamtmelioration St. Peter-Pagig/Peist und die Gesamtmelioration Lünen genehmigte Projekte sind. Es handelt sich um Projekte, welche viel Vorlaufzeit haben. Es werden generelle Projekte erstellt. Diese werden auch vom Bund und Kanton genehmigt und erst dann kann auch begonnen werden. Die Subventionssätze werden festgelegt. Die Melioration St. Peter-Pagig/Peist dauert sehr lange. Ca. im Jahr 2030 schliesst die Phase I ab. Dann erfolgt eine Überprüfung, was bis dann umgesetzt wurde und was effektiv von der Phase II noch nötig ist. Die Melioration Lünen müsste bis ca. 2025 abgeschlossen sein, da es sich im Gegensatz zu St. Peter-Pagig/Peist um eine kleine Melioration handelt.

Die lancierten Meliorationen Castiel und Langwies, welche Alessandro Minnella anspricht, sind noch nicht soweit. Der nächste Schritt wird sein, dass bei der Urnengemeinde ein Grundsatzentscheid zu jedem Projekt separat eingeholt wird. Bevor der Grundsatzentscheid eingeholt wird, werden die Überlegungen gemacht, ob die Vorhaben nötig sind. Diese Überlegungen stellen auch Bund und Kanton an, da diese namhafte Subventionssätze sprechen und somit Geld in die Gemeinde Arosa investieren. Es handelt sich um lange Vorlaufzeiten, bis etwas passiert.

Lorenzo Schmid findet es gut, dass Alessandro Minnella das Thema bringt. Lorenzo Schmid konnte die Kommission bei mehreren Augenscheinen begleiten, wo ihm der Ablauf bei den bisherigen und zukünftigen Verfahren erklärt wurde. Die Gemeinde Castiel hat vor der Fusion die Lancierung der Melioration nicht zustande gebracht, da unterschiedliche Auffassungen, auch unter jenen, die betroffen sind, geherrscht haben. Das Gleiche hört man auch aus Langwies, dass Auffassungen bestehen, dass die Melioration nicht oder nicht in diesem Umfang nötig ist. Das Thema kann dann sicher von der Ortschaft Arosa her, welche mit dem Thema weniger vertraut ist, mitdiskutiert und geschaut werden, dass es so vernünftig wie möglich gelöst wird.

Mitteilung GPK

Gemäss Patric Iten werden von der GPK keine weiteren Ergänzungen zum Revisorenbericht gemacht, welcher zuhanden der Meliorationskommission empfiehlt, die Jahresrechnung 2017 in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Schlussabstimmung:

Paul Schwendener lässt über den Antrag des Gemeindevorstandes abstimmen.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die Jahresrechnung 2017 der Gesamtmelioration St. Peter/Peist/Pagig/Langwies mit Erfolgsrechnung (Ausgaben CHF 1'851'752.60, Einnahmen CHF 1'668'895.40 und Aufwandüberschuss CHF 182'857.20), und Bilanz (Aktiven und Passiven je CHF 1'109'778.39) wird einstimmig genehmigt. Das Stimmverhältnis beträgt 12:0, bei zwei abwesenden Parlamentariern.
2. Protokollauszug an:
 1. Meliorationskommission St. Peter/Peist/Pagig/Langwies, Präsident Dr. Theo Maissen, Casa Fraissen, Curschetta 49B, 7127 Sevgein
 2. Geschäftsprüfungskommission (3x)
 3. Finanzverwaltung, z.H. Corina Stefan
 4. Gemeindeganzlei

**11 F3.8.2. Buchhaltung, Kassenwesen, Inkasso, Unterschriften,
Bodenerlöskonto
Jahresrechnung 2017 - Gesamtmelioration Lünen**

Antrag:

Paul Schwendener liest den Antrag des Gemeindevorstandes vor:

„Werte Mitglieder des Gemeindeparlamentes

Der Gemeindevorstand stellt dem Gemeindeparlament den Antrag die Jahresrechnung 2017 der Gesamtmelioration Lünen zu genehmigen. “

Eintreten:

Paul Schwendener gibt das Wort für das Eintreten auf das Geschäft frei. Von Seiten des Gemeindeparlamentes und des Gemeindevorstandes werden keine Wortmeldungen zum Eintreten gewünscht. Das Eintreten wird nicht bestritten und ist somit einstimmig beschlossen.

Sachverhalt:

Paul Schwendener erteilt dem zuständigen Departementsvorsteher Peter Bircher das Wort. Er verweist auf seine Aussage bei der Jahresrechnung der Melioration St. Peter-Pagig/Peist, welche auch für die Melioration Lünen gilt. Mit der Melioration Lünen ist man auf gutem Wege. Die Subventionen, bei denen es sich um namhafte Beträge handelt, fliessen. Bei den Meliorationsrechnungen handelt es sich um eigentliche Projektabrechnungen. Bei den Abgrenzungen ist es so, dass die Subventionen von Bund

und Kanton nicht immer im gleichen Kalenderjahr fließen, deshalb kann auch ein kleiner Gewinn ausgewiesen werden.

Die Meliorationskommission Lünen hat die Jahresrechnung 2017 der Gesamtmelioration Lünen am 04. April 2018 behandelt. Der Gemeindevorstand hat die Jahresrechnung 2017 der Gesamtmelioration Lünen an seiner Sitzung vom 25. April 2018 behandelt und zuhanden des Gemeindeparlaments verabschiedet. Sie wurde den Mitgliedern des Gemeindeparlaments mit Mail vom 01. Juni 2018 zugestellt und bildet zusammen mit dem Revisorenbericht vom 08. Februar 2018 einen integrierenden Bestandteil des Protokolls.

Erwägungen / Detailberatung:

Die nachfolgende Diskussion wurde unter dem Geschäft "Jahresrechnung 2017, Gesamtmelioration St. Peter-Pagig/Peist, geführt. Diese gilt auch für das vorliegende Geschäft, zur Information zuhanden der Meliorationskommission Lünen:

Alessandro Minnella sagt, dass er von Paul Schwendener informiert wurde, wie die Meliorationsprojekte funktionieren. Für ihn stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit der Meliorationen und ob es jede braucht, welche gemacht wird. Dies wurde vermutlich vorsondiert. Er stellt fest, dass Ende jeden Jahres Kosten von CHF 200'000.- bis CHF 300'000.- zulasten der Gemeinde anfallen. Über 10 Jahre macht dies CHF 3 Mio. aus. Es geht wohl auch um die Bewirtschaftung und die Erschliessung. Dies ist als Hinweis zu verstehen. Er geht davon aus, dass diese Projekte sauber geprüft wurden. Für ihn als Laie in diesem Thema ist es extrem schwer dies nachvollziehen zu können. Es ist sicher auch nicht einfach, da diese Projekte über viele Jahre laufen. Er fragt, ob der Vorstand etwas zusammenstellen könnte, um einen Einblick in die Materie bekommen zu können.

Peter Bircher antwortet, dass die Gesamtmelioration St. Peter-Pagig/Peist und die Gesamtmelioration Lünen genehmigte Projekte sind. Es handelt sich um Projekte, welche viel Vorlaufzeit haben. Es werden generelle Projekte erstellt. Diese werden auch vom Bund und Kanton genehmigt und erst dann kann auch begonnen werden. Die Subventionssätze werden festgelegt. Die Melioration St. Peter-Pagig/Peist dauert sehr lange. Ca. im Jahr 2030 schliesst die Phase I ab. Dann erfolgt eine Überprüfung, was bis dann umgesetzt wurde und was effektiv von der Phase II noch nötig ist. Die Melioration Lünen müsste bis ca. 2025 abgeschlossen sein, da es sich im Gegensatz zu St. Peter-Pagig/Peist um eine kleine Melioration handelt.

Die lancierten Meliorationen Castiel und Langwies, welche Alessandro Minnella anspricht, sind noch nicht soweit. Der nächste Schritt wird sein, dass bei der Urnengemeinde ein Grundsatzentscheid zu jedem Projekt separat eingeholt wird. Bevor der Grundsatzentscheid eingeholt wird, werden die Überlegungen gemacht, ob die Vorhaben nötig sind. Diese Überlegungen stellen auch Bund und Kanton an, da diese namhafte Subventionssätze sprechen und somit Geld in die Gemeinde Arosa investieren. Es handelt sich um lange Vorlaufzeiten, bis etwas passiert.

Lorenzo Schmid findet es gut, dass Alessandro Minnella das Thema bringt. Lorenzo Schmid konnte die Kommission bei mehreren Augenscheinen begleiten, wo ihm der Ablauf bei den bisherigen und zukünftigen Verfahren erklärt wurde. Die Gemeinde Castiel hat vor der Fusion die Lancierung der Melioration nicht zustande gebracht, da unterschiedliche Auffassungen, auch unter jenen, die betroffen sind, geherrscht haben.

Das Gleiche hört man auch aus Langwies, dass Auffassungen bestehen, dass die Melioration nicht oder nicht in diesem Umfang nötig ist. Das Thema kann dann sicher von der Ortschaft Arosa her, welche mit dem Thema weniger vertraut ist, mitdiskutiert und geschaut werden, dass es so vernünftig wie möglich gelöst wird.

Mitteilung GPK

Patric Iten sagt, dass von Seiten der GPK keine weiteren Ergänzungen zum Revisorenbericht gemacht werden, welcher zuhanden der Meliorationskommission empfiehlt, die Jahresrechnung 2017 in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Schlussabstimmung:

Paul Schwendener lässt über den Antrag des Gemeindevorstandes abstimmen.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die Jahresrechnung 2017 der Gesamtmelioration Lünen mit Erfolgsrechnung (Ausgaben CHF 806'351.05, Einnahmen CHF 896'982.05 und Ertragsüberschuss CHF 90'631.-), und Bilanz (Aktiven und Passiven CHF 563'282.40) wird einstimmig genehmigt. Das Stimmverhältnis beträgt 12:0, bei zwei abwesenden Parlamentariern.
2. Protokollauszug an:
 - Meliorationskommission Lünen, Präsident Jürg Schmid, Saluferstrasse 17, 7000 Chur
 - Geschäftsprüfungskommission (3x)
 - Finanzverwaltung, z.Hd. Corina Stefan
 - Gemeindeganzlei

- 12 G1.2.10. Spitäler, Heilanstalten, Kliniken, Alters- und Pflegeheime, Sanatorien
Projekt zukünftige Organisation Gesundheitswesen; Beteiligung der Gemeinde an einer zu gründenden Dachorganisation Gesundheitswesen im Umfang von CHF 6 Mio. mittels Sacheinlage durch Übertragung des Gebäudes "Alterszentrum Arosa", eines Teils des Grundstücks Nr. 128, auf welchem das Gebäude steht, sowie der Aktien der Arztpraxis Arosa AG

Antrag:

Der Parlamentspräsident liest den Antrag des Gemeindevorstandes vor:

"Werte Mitglieder des Gemeindeparlamentes

Der Gemeindevorstand beantragt dem Gemeindeparlament, einer Beteiligung der Gemeinde Arosa an einer neu zu gründenden Dachorganisation Gesundheitswesen (gemeinnützige Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von CHF 6 Mio.) im Umfang

von CHF 6 Mio. zuzustimmen und die Vorlage zuhanden der beschlussfassenden Urnengemeinde zu verabschieden. Die Beteiligung der Gemeinde erfolgt mittels Sacheinlage durch Übertragung des Gebäudes "Alterszentrum Arosa" und eines Teils des Grundstücks Nr. 128 im Umfang von ca. 3'048 m², auf welchem das Gebäude steht, sowie der Aktien der Arztpraxis Arosa AG an die zu gründende Dachorganisation Gesundheitswesen "

Eintreten:

Paul Schwendener gibt das Wort zum Eintreten frei.

Georg Mettier fragt, ob das Parlament auf die vorliegende Botschaft des Gemeindevorstandes an das Parlament, welche an die Stimmbürger geht, Einfluss genommen werden kann, indem ein Anhang "Behandlung im Parlament" an die Botschaft angehängt wird. Sollte die Bereitschaft dazu seitens des Gemeindevorstandes nicht vorhanden sein, müsste Georg Mettier ein Antrag auf Nichteintreten stellen.

Lorenzo Schmid antwortet, dass dies selbstverständlich möglich ist. Es handelt sich um die Botschaft, welche an die Bevölkerung geht. Diese muss so ausformuliert sein, wie sie vom Parlament verabschiedet wird. Dies mit der Überzeugung, dass auch das Parlament die Vorlage bei der Bevölkerung erfolgreich zur Abstimmung bringen will. Für Lorenzo Schmid gilt das nicht nur für die vorliegende Botschaft, sondern für alle Botschaften. Diese sollen nicht alleine vom Gemeindevorstand erarbeitet werden, sondern auch mit den vom Parlament eingebrachten Anliegen ergänzt werden.

Es werden keine weiteren Voten zum Eintreten gewünscht. Paul Schwendener lässt über das Eintreten auf das Geschäft abstimmen. Eintreten wird einstimmig beschlossen. Das Stimmverhältnis beträgt 12:0, bei zwei abwesenden Parlamentarieren.

Sachverhalt:

Die Botschaft des Gemeindevorstandes an das Gemeindeparlament bildet die Grundlage für das vorliegende Geschäft.

Paul Schwendener erteilt dem zuständigen Departementsvorsteher Lorenzo Schmid das Wort.

Lorenzo Schmid führt anhand einer Präsentation durch das Geschäft und erläutert folgende Punkte:

Sacheinlage

Eigentumsübertrag Gebäude Alterszentrum Arosa zum Nettobuchwert per 31.12.2018 von CHF 5.26 Mio.

- Übertrag eines Teils der Parzelle Nr. 128 zum Wert von CHF 609'600.- (3'048 m²)
- Übertrag Aktien der Arztpraxis Arosa AG im Umfang von CHF 150'000.-

Ziel

Schaffung einer gesunden Bilanzstruktur der Dachorganisation mit ausreichend hohem Eigenkapital und Anlagevermögen:

- Eigenkapital CHF 6 Mio.
- Anlagevermögen CHF 14 Mio.

Beteiligung über CHF 2 Mio. liegt in der Kompetenz der Urnengemeinde

Involvierte Betriebe

Zusammenführung Organisationen Gesundheitswesen zu einer Dachorganisation

In einem ersten Schritt involvierte Betriebe:

- Alterszentrum Arosa
- Spitex Region Schanfigg
- Arztpraxis Arosa AG

Es muss die Möglichkeit bestehen, dass weitere Organisationen in die Dachorganisation integriert werden können.

Potentielle künftige Betriebe

Ambulanzstützpunkt Arosa:

- Ablauf Vertrag Alpinmedic mit Rettung Chur Ende April 2019
- Integration Ambulanzstützpunkt in Dachorganisation per 1. Januar oder 1. Mai 2019 geplant
- Entscheid Vergabe Ambulanzstützpunkt an Dachorganisation liegt bei Rettung Chur
- Integration Ambulanzstützpunkt hat keinen Einfluss auf Vorlage (Übertragung Liegenschaft und Aktienkapital)

Rechtsform

Gemeinnützige AG

- Hohe wirtschaftliche Flexibilität
- Definition eines gemeinnützigen Zwecks in den Statuten
- AG kann ganz oder für einzelne Geschäftsbereiche steuerbefreit werden
- Kapitalgeber erhält Aktien für die Übertragung des Vermögens
- Bei Auflösung Verein Spitex entfallen die Mitglieder- und Gönnerbeiträge. Möglichkeit besteht, den Verein als Gönnerverein bestehen zu lassen.

Vorteile der Dachorganisation

Grössenvorteile und Effizienz

- Einfachere Planung Einsätze und Stellvertretungen
- Zentralisierung im Bereich Administration
- Konzentration der "operativen" Abteilungen auf ihre Kernkompetenzen
- Höhere eigene Wertschöpfung (z.B. Aus- und Weiterbildung, Buchhaltung)
- Bessere Dienstleistung für Kunden
- Wegfall Aufwendungen für Gemeindeangestellte für Buchführung, Jahresabschluss und Aktuariat der Arztpraxis Arosa AG. Erledigung neu in der Dachorganisation.
- Für Lehrlingsausbildung werden Beiträge entrichtet. Spitex muss heute Beiträge in einen Ausbildungsfonds leisten, da Betrieb zu klein ist um Lehrlinge auszubilden.

Nur eine strategische Führungsebene

- Einheitliche Vorgaben für die Operative
- Konzentration auf strategische Aufgaben (bsp. Entwicklung Konzepte Gesundheitstourismus)
- Stärkung der operativen Ebene, Erhöhung Flexibilität, Entpolitisierung operativer Entscheide.

Aufhebung Schnittstelle Liegenschaft

- Zusammenführung Eigentum und Betrieb Liegenschaft wie in Pflegefinanzierung vorgesehen (IE-Beiträge)
- Höhere Entscheidungskompetenz der Betreiberin beim Unterhalt, Reparatur oder Umbauten
- Kein Mietzins mehr (kein Abfluss Liquidität)

Finanzierung

- Liquiditätsreserven Pflegeheim (IE-Fonds) können verwendet werden
- Gesunde Bilanzstruktur wird geschaffen
- Ausrichtung Gemeindebeitrag für Beratungen vorsehen (eigentliche Aufgabe der Gemeinden)

Lorenzo Schmid erläutert kurz die Bilanzen des Alterszentrums Arosa, der Spitex Region Schanfigg und der Arztpraxis Arosa AG. Weiter sind folgende Defizite in den letzten drei Geschäftsjahren angefallen:

Alterszentrum Arosa, Defizite		Spitex Region Schanfigg		Arztpraxis Arosa AG	
2015	207'022.-	2015	89'442.-	2015/16	48'154.-
2016	550'759.-	2016	142'646.-	2016/17	55'873.-
2017	277'951.-	2017	174'236.-	2017/18	35'000.- (+)
(Gewinn provisorisch, da noch nicht definitiv)					

Die Zusammenführung der Bilanzen ergibt folgende Eröffnungsbilanz der neuen Dachorganisation:

Umlagevermögen	2.44 Mio.	Fremkapital	8.11 Mio.
Flüssige Mittel	1.14 Mio.	kurzfr. Verbindl.	0.57 Mio.
Übriges UV	1.30 Mio.	Darlehen Gde.	0.21 Mio.
		Zweckg. Fonds	7.33 Mio.
Anlagevermögen	14.06 Mio.	EK	8.39 Mio.
Sachanlagen	0.16 Mio.	Aktienkapital	6.00 Mio.
Liegenschaften	13.90 Mio.	IE-Fonds	1.20 Mio.
- Gebäude	13.30 Mio.	sonstige Fonds	0.05 Mio.
- Boden	0.61 Mio.	Bewertungsreserve	0.97 Mio.
		Ergebnisvortrag	0.17 Mio.
Total Aktiven	16.5 Mio.	Total Passiven	16.5 Mio.

Finanzierung

Die Defizitdeckung durch die Gemeinde wird nötig, wenn die Liquidität der Dachorganisation nicht mehr gewährleistet ist und/oder die Gefahr einer Unterbilanz oder einer Überschuldung besteht.

Die Liquidität beim Start der Dachorganisation beträgt CHF 1 bis 1.2 Mio. Durch den Wegfall der Mietzahlungen des Alterszentrums Arosa an die Gemeinde wird der Liquiditätsabfluss reduziert. Ausgehend von den heutigen Zahlen ist eine Defizitdeckung in drei bis 5 Jahren zur Sicherstellung der Liquidität nötig.

Eine Überschuldung tritt dann ein, wenn das Fremdkapital nicht mehr durch die Aktiven gedeckt ist. Bei der Gründung der Dachorganisation betragen die Aktiven ca. CHF 16 Mio. und das Fremdkapital ca. CHF 8 Mio. Ausgehend von den heutigen Zahlen ist in diesem Fall eine Defizitdeckung erst in rund 10 Jahren notwendig.

Spitex, Gebäude Haus Mesmeta

Frage zur Einbringung Haus Mesmeta, St. Peter, als Sacheinlage, in die Dachorganisation:

Der Spitex-Standort soll in St. Peter bestehen bleiben. Die Fixierung des Standortes der Spitex durch Sacheinlage in die neue Organisation ist jedoch nicht sinnvoll, da es sich um eine gemischtwirtschaftliche Liegenschaft handelt und sie daraus Fragen zur Veraltung und des Unterhaltes erben.

Auswirkungen auf Mitarbeitende

Die Mitarbeitenden werden durch Dachorganisation übernommen. Für die meisten Mitarbeitenden ändert sich in der täglichen Arbeit nur wenig. Änderung der Aufgaben im Bereich «Zentrale Dienste» sind möglich. Änderungen, resp. Anpassungen/Vereinheitlichungen von Reglementen, Versicherungslösungen, etc. sind ebenfalls möglich.

Organisation

Lorenzo Schmid sagt zur Organisation, dass ausschlaggebend für den Erfolg der Organisation die "zentralen Dienste" sein werden. Ebenfalls ausschlaggebend bei jeder Unternehmung sind die Persönlichkeiten, welche in der Organisation tätig sind. In der Dachorganisation steht und fällt alles mit der operativen Führung und dem CEO. Es braucht dazu eine kompetente Persönlichkeit, welche über die fachlichen Voraussetzungen verfügt und weiter die sozialen Kompetenzen hat um die Mitarbeiter zu führen. Wenn dies erfüllt wird, ist der Gemeindevorstand überzeugt, dass mit diesem Konzept ein grosser Schritt vorwärts gemacht werden kann, um die Gemeindekasse zu entlasten. Der Kanton hat sich sehr positiv zu diesem Projekt geäussert. Regierungsrat Christian Rathgeb sagte, dass es sehr beispielhaft sei, wie die Gemeinde versucht, die Probleme im Gesundheitsbereich zu lösen, welche auch im Kanton und in anderen Gemeinden bestehen. Dr. Arnold Bachmann, CEO Kantonsspital, hat der Gemeinde Arosa ebenfalls seine Unterstützung zugesichert. Er hat empfohlen, den Rettungsdienst unbedingt auch in die neue Organisation einzubauen.

Erwägungen / Detailberatung:

Ruth Moro hält diesen Schritt im Gesundheitswesen für richtig und zeitgemäss. Gemäss Aussage in der Botschaft sollen weitere Organisationen in die Dachorganisation integriert werden können. Gemäss Ruth Moro muss der Rettungsdienst von Anfang an

oder baldmöglichst integriert werden. Der Rettungsdienst wird immer um Geld bei der Gemeinde anfragen und die Gemeinde wird immer zahlen müssen. Arosa muss eine gute Rettung anbieten. Wenn diese von Arosa weggeht, dann wird der Rettungsdienst von Chur abgedeckt, was sicher eine schlechtere Lösung ist, als die heutige "abgespeckte" Lösung in Arosa. Beabsichtigt wird die Integration des Rettungsdienstes. In der Botschaft ist dies jedoch etwas breit umschrieben. Damit die Aroser Bevölkerung auch die Sicherheit erhält, dass die Abdeckung durch den Rettungsdienst gewährleistet ist, müsste die Integration des Rettungsdienstes ausführlicher in der Botschaft beschrieben werden resp. in den erwähnten Anhang aufgenommen werden.

Gemäss Lorenzo Schmid ist die Situation mit dem Ambulanzstützpunkt ein Problem. Wenn die Dachorganisation nicht zustande kommt, muss das Problem auf eine andere Art gelöst werden. Der Bereich Rettungsdienst könnte aber einfacher mit der Dachorganisation gelöst werden als ohne. Für die Urnenabstimmung ist die Botschaft entsprechend anzupassen.

Ludwig Waidacher dankt für die Ausführungen der Zahlen, was ein Kritikpunkt war beim Durchlesen der Botschaft. An der letzten Parlamentsversammlung erfolgte bereits eine Vorstellung. Die Rückmeldung war, dass das Parlament im Grundsatz mit dem Projekt einverstanden ist, aber das noch Zahlen vorliegen müssen, auch wenn diese mit grossen Unsicherheiten verbunden sind. Die von Lorenzo Schmid präsentierten Zahlen sind gut. Die Frage ist, ob man sie im gleichen Detailumfang in der Botschaft aufnehmen will. Kritikpunkt in der Botschaft beim "Erläuternden Bericht" ist, dass ein Gemeindebeitrag von CHF 500'000.- für betagte und pflegebedürftige Personen aufgeführt ist. Diesen Betrag wird die Gemeinde ohnehin künftig tragen müssen und nicht die neue Dachorganisation belasten. Neben diesem Betrag musste die Gemeinde weitere CHF 635'000.- für Alterszentrum, Spitex, Ambulanz-Notfalldienst bezahlen. Bei der Addition der heute vorgestellten Zahlen/Defizite 2017 ergibt sich eine Differenz zu Betrag in der Botschaft von CHF 635'000.- von CHF 219'000.-. Ludwig Waidacher schliesst daraus, dass dies wohl der Betrag ist, welcher an den Rettungsdienst geleistet wurde.

Gemäss Lorenzo Schmid hat die Gemeinde nach dem bisherigen Modell in den vergangenen zwei Jahren je CHF 120'000.- an den Rettungsdienst bezahlt. Das Problem ist, dass die GmbH mit den Gemeindebeiträgen nicht auskommt und sie weit höhere Beiträge von gegen CHF 200'000.- seitens der Gemeinde benötigt.

Für Ludwig Waidacher sollte das Ziel sein, eine Abstimmung im September durchzuführen und dass die Botschaft nicht mehr gross angepasst werden muss. Die Zahlen müssen nicht so im Detail mit Bilanzen aufgeführt werden. Entscheidend sind die prognostizierten Einnahmen und Ausgaben. Von der Rettung wird indirekt gesprochen. Die grosse Diskussion im Dorf wird sein, ob die Rettung dabei ist oder ob sie später dazukommt. Hier muss man ehrlich sein und die Zahlen offenlegen. Weiter sind die möglichen Varianten aufzuzeigen. Wenn die Rettung von Chur aus abgedeckt wird, trägt die Gemeinde auch gewisse Kosten, hat aber nicht die Qualität wie sie heute ist bezüglich Versorgungssicherheit. Die aktuelle Lösung, welche mit der Rettung angeboten wird ist natürlich besser, kostet aber natürlich auch mehr. Das ist es aber auch wert, wenn es transparent gemacht wird. Vom ganzen Projekt sind die Leute überzeugt, aber die Zahlen müssen stimmen. Es ist eine gute Sache, Synergien können, wenn auch nicht kurzfristig so sicher längerfristig, genutzt werden. Es bestehen Chancen für Mehreinnahmen. Bei der Darlegung der Zahlen der IST-Situation muss man genau und transparent sein. Wenn in einem laufenden Bericht Zahlen erwähnt werden,

welche jeder selber zusammenzählen muss, ist dies viel schwieriger nachzuvollziehen, als wenn sie in tabellarischer Form vorliegen, wie sie in der Präsentation gezeigt wurden. Ludwig Waidacher möchte, dass die Zahlen in einem Anhang zur Botschaft angefügt werden. Diese müssen dann aber auch stimmen. Bei Zahlen hat man die Rettung ausgeklammert und im vorderen Teil der Botschaft wird von der Rettung gesprochen.

Gemäss Lorenzo Schmid geht es nicht darum, dass man etwas nicht offen legen will. Es ist ein Projekt für die Zukunft und vieles ist auch spekulativ. Daher ist man vorsichtig gewesen mit der Vorlegung von Business- und Finanzplänen, welche etwas versprechen. In fünf Jahren wird man für die Botschaft kritisiert, weil Aussagen gemacht wurden, die nicht eingehalten werden konnten. Wenn das Parlament wünscht, dass die Zahlen in die Botschaft eingebaut werden sollen, dann soll dies auf jeden Fall aufgenommen werden. Das kann nur von Nutzen sein. In der Ortschaft Arosa spricht man vom Ambulanzstützpunkt und im Tal ist die Spitex ein Thema. Beides soll optimal gelöst werden.

Zum Ambulanzstützpunkt äussert sich Lorenzo Schmid, dass man in Arosa und Langwies eine 7x24-Notfalldienst-Abdeckung durch die Rettung haben will. Dies ist schlicht nicht finanzierbar. Das verursacht riesige Kosten für die Gemeinde in Höhe von jährlich rund CHF 600'000.- nach Abzug des Kantonsbeitrages. Davon muss sich die Gemeinde definitiv verabschieden, wobei festzuhalten ist, dass es sich um eine Luxuslösung handelt. Der Vertrag zwischen der Alpinmedic und der Rettung Chur läuft Ende April 2019 aus. Das Kantonsspital Chur, resp. die Rettung Chur, ist verantwortlich für den Rettungsdienst. Diese haben den Vorschlag gemacht, die Ambulanz in Arosa zu organisieren und der Gemeinde aufgezeigt, wie sie das machen wollen. Die Kosten für die Gemeinde würden sich dann immer noch auf rund CHF 100'000.- pro Jahr belaufen. Im Winter wäre während der Saison teilweise eine Vollabdeckung in Arosa durch Chur gewährleistet. In der übrigen Zeit erfolgt die Abdeckung von Chur aus. Lorenzo Schmid ist überzeugt, dass dies bei der Bevölkerung nicht gut ankommt und das Angebot von Chur sollte sich Arosa nicht leisten. Aufgrund dessen wurde ein "Aroser-Modell 4/8" in enger Absprache mit Beat Mühlethaler erarbeitet. Er ist sehr interessiert mit seiner Familie in Arosa zu bleiben. Während vier Monaten in der Hochsaison im Winter erfolgt eine 7x24-Notfallabdeckung in Arosa und Langwies vom Ambulanzstützpunkt Arosa aus. In den übrigen acht Monaten erfolgt von Arosa aus eine Tagesbetreuung des Notfalldienstes während 10 oder 12 Stunden. Vom Kantonsspital Chur aus, wird das Modell mit einem Betrag von ca. CHF 118'000.- unterstützt. Auch die Gemeinde wird ihren Beitrag von mindestens CHF 100'000.- zumindest in der Anfangsphase leisten müssen. Danach wird sich zeigen, wie sich das Ganze in der Dachorganisation weiterentwickeln wird. Damit hätte Arosa aber eine vernünftige Notfallabdeckung, welche sich auch gegenüber der Bevölkerung vertreten lässt.

Zu den Zahlen erläutert Peter Remek, dass die Planbilanz innerhalb der letzten drei Tage erstellt wurde. Diese hat eine gewisse Genauigkeit. Es ist jedoch nicht die Planbilanz, welche die Organisation haben wird. Man kann heute nicht sagen, wie hoch genau die Liquidität der Firmen Ende Jahr sein wird, wenn sie fusioniert, resp. zusammengeführt werden. Informationen für die Plan- oder Eröffnungsbilanz sind daher schwierig darzustellen. Es ist ganz klar ein Ziel, dass die Integration des Ambulanzstützpunktes auf den 1. Januar 2019 oder beim Auslaufen des Vertrages Ende April 2019 erfolgt. Zum heutigen Zeitpunkt ist aber noch nicht klar, welches Sachkapital dieser Firma

übernommen werden soll. Man weiss auch noch nicht, ob man eine Einigung mit dem heutigen Eigentümer findet. Unklar ist auch, ob der Kanton den Auftrag an die Dachorganisation vergeben wird. Solange diese Dinge nicht zu 100% sichergestellt sind, wird es schwierig, diese zu kommunizieren. Daher ist es auch sehr schwierig eine Planbilanz oder Planerfolgsrechnung über die nächsten fünf Jahre zu erstellen. Das Alterszentrum hatte im Jahr 2016 ein Defizit von über CHF 500'000. Im Jahr 2017 betrug das Defizit noch rund CHF 277'000.-, aufgrund der besseren Auslastung. Das Alterszentrum hat sehr gute Arbeit geleistet. Die Auslastung kann aber nur begrenzt beeinflusst werden. Für die Vorlage kann schon eine Planbilanz und Planerfolgsrechnung für die nächsten fünf Jahre erstellt werden. Die Vorhersage der Auslastung ist aber reine Spekulation. Die Auslastung im Alterszentrum kann plötzlich aufgrund einer Grippewelle rapid sinken und das Defizit wird umso grösser. Es ist schwierig mit Planerfolgsrechnungen in einem Bereich zu arbeiten der sehr schlecht planbar ist. Daher wurde darauf in der Vorlage verzichtet. Die Zahlen aus dem Jahr 2017 sind zum Teil Defizite aus dem Jahr 2016, welche im 2017 bezahlt wurden. Die Zahlen aus der Präsentation sind ganz aktuelle Zahlen. Die Zahlen der Arztpraxis sind noch nicht definitiv, der Abschluss ist erst provisorisch vorhanden. Der definitive Abschluss ist noch nicht abgesehnet worden. Aufgrund der Forderung des Parlaments wurde diese Bilanz erstellt, aber die Zahlen stimmen nicht auf den Franken genau.

Ludwig Waidacher bedankt sich für die Erklärungen von Peter Remek. Er ist damit nicht ganz einverstanden. Es ist klar, dass die Aussagen schwierig sind. Diese sind jedoch unabhängig von der Organisationsform. Die Gemeinde bleibt in der Verpflichtung. Ihm geht es primär darum, dass man die bestehenden Defizite sieht, so wie es heute für die letzten drei Jahre präsentiert wurde. Das ist gut, man vergibt sich nichts dabei, ein gewisser Spielraum und die Schwankungen bei den Defiziten sind erkennbar. Die Planbilanz könnte auch rudimentärer dargestellt werden. Das Problem ist, dass in der Botschaft einfach eine Zahl von CHF 635'000.- aufgeführt wird und in der Präsentation gehen die Zahlen nicht auf, weil die Rettung fehlt. Hier ist man nicht konsequent. Entweder muss die Rettung vorne in der Botschaft herausgenommen und die Kosten ohne Rettung aufgezeigt werden oder man startet mit der Dachorganisation am 1. Januar 2019 und integriert die Rettung nach Ablauf des Vertrages ab 1. Mai 2019. Die Rettung ist jedoch zu integrieren, ansonsten macht eine solche Dachorganisation keinen Sinn. Von daher können die Defizite der Rettung aufgezeigt werden mit dem Hinweis, dass diesbezüglich ein Problem besteht. Bei der Rettung soll nicht nur von Kosten, sondern auch von Leistungen gesprochen werden. Arosa ist ein Kurort, welcher im Winter zwischen 15'000 bis 18'000 Leute hat. Die Notfallversorgung muss gewährleistet sein, auch wenn dies CHF 100'000.- mehr kostet. An dem darf es nicht scheitern. Für Ludwig Waidacher ist es schwierig, wenn er die Botschaft liest und selber die Zahlen addieren muss. Besser ist, wenn man eine Tabelle hat, woraus ersichtlich ist, was man heute bezahlt. Es wird keine Aussage gemacht, dass in Zukunft CHF 500'000.- eingespart wird. Im Idealfall geht es im ersten Jahr so weiter und die Gemeinde wird nicht weiter belastet. Wichtig ist, dass dies auf einer Tabelle im Anhang ersichtlich ist. Im Parlament wollen alle, dass diese Vorlage relativ einfach durchgeht. Es ist ein happiger Brocken, aber eine riesige Chance für Arosa.

Gemäss Lorenzo Schmid wird das so aufgenommen und umgesetzt.

Christoph Junker musste dreimal mit dem Lesen der Botschaft beginnen. Aktuell geht es um buchhalterische Fragen. Weiter soll mit der Organisation per 1. Januar 2019 gestartet werden. Die Art des Vorgehens und wie das Ganze funktionieren soll, geht

aus der Botschaft nicht hervor. So wie es vorliegt, ist die Begeisterung im Moment nicht überbordend. Christoph Junker fragt, wenn die Vorlage zur Abstimmung gebracht und kommuniziert wird, dass per 1. Januar 2019 gestartet werden soll, wie ab diesem Zeitpunkt losgelegt wird. Ob es dann einen Präsidenten gibt, welcher die Leute sucht um starten zu können. Er fragt, wie die Einbindung des Personals angedacht ist. Nicht dass man am 1. Januar 2019 bei "0" mit der Organisation beginnt.

Lorenzo Schmid antwortet, dass es bei der Gemeindefusion nicht anders abgelaufen ist. Irgendwann muss man in der Praxis beginnen. Die entsprechenden Positionen in der Organisation zu besetzen wird ein erster Schritt nach der Volksabstimmung sein. Der Verwaltungsrat muss bestellt werden. Es bestehen Kontakte mit gewissen Leuten. Der Verwaltungsrat muss umgehend den Job "Zentrale Dienste" ausschreiben und besetzen. Damit ist der wichtigste Teil schon einmal geregelt. Man hat Leute, welche in den einzelnen Organisationen arbeiten, und auch am 1. Januar 2019 weiterarbeiten. Für gewisse Mitarbeiter ändern sich bezüglich der Administration gewisse Aufgaben. Im Alterszentrum hat man heute noch eine Drittfirma, welche diesen Auftrag künftig nicht mehr ausüben muss. Das ist Aufgabe des Chefs der "Zentralen Dienste", welcher sofort seine Abteilung besetzen muss. Dieser wird bspw. bei der Spitex die heutige Buchhalterin in seinem Bereich engagieren. Die Gemeinde hingegen gibt ihre Aufgaben in diesem Bereich ab. Das Ganze muss mit einer gewissen Pragmatik angegangen werden. Die Aufgabe der Gemeinde wird die schnellstmögliche Bestellung des Verwaltungsrates sein, wenn die Urnengemeinde der Vorlage zugestimmt hat. Allenfalls ist es zeitlich etwas knapp.

Peter Remek ergänzt, dass ein Projektteam definiert wurde, welche die Vorlage zuhanden des Vorstandes ausgearbeitet hat. Viele Dinge sind noch offen. Der Gemeindevorstand hat auch noch einen Kredit für die Projektbegleitung in diesem Jahr gesprochen. Die Idee ist nicht, dass die Firma am 1. Januar 2019 gegründet wird. Die Gründung der Dachorganisation muss vorbereitet sein. Sobald die Urne der Vorlage zugestimmt hat, kann die Firma gegründet werden. Das ist eine Sache von ein bis zwei Wochen. Wann das Personal gesucht wird, welches es noch braucht, ist noch offen. Wenn das Parlament der Vorlage zustimmt, kann am Projekt weitergearbeitet werden. Die Statuten können ausgearbeitet und die Gründung vorbereitet werden. Definitiv gegründet kann die Organisation erst, wenn die Urnengemeinde der Vorlage zustimmt, was auf Ende September 2018 angedacht ist. Bis dahin verbleiben noch drei Monate Zeit. Wichtig ist, dass die Buchhaltung per 1. Januar 2019 zusammengeführt ist. Auch hier wurden bereits Gespräche mit einer Unternehmung geführt, welche das Projekt begleiten könnte. Andere Umsetzungsarbeiten, wie das Zusammenführen der Personalverordnungen, müssen nicht zwingend per 1. Januar 2019 erfolgt sein. Bei der Gemeindefusion erfolgte dies auch nicht auf den Zeitpunkt der Fusion.

Christoph Junker dankt für die Ausführungen, welche er so zur Kenntnis nimmt. Für ihn ist der Zeitrahmen zu knapp. Dies auch im Hinblick auf die startende Wintersaison im Dezember, wo sonst schon viel los ist. Es ist sehr ambitioniert. Es wäre schön, wenn es klappen würde, aber für ihn langt die Zeit dafür nicht. Das ist die persönliche Meinung von Christoph Junker.

Andrea Hagmann schliesst sich der Meinung von Christoph Junker an und fragt nach dem Grund für die Eile. Weiter fragt er, warum man sich nicht ein Jahr Zeit dafür gibt. Ein CEO muss vorbereitet sein. Er muss wissen, was er übernimmt. Bei diesem Vorgehen wird der CEO am ersten Tag "verbraten". Spätestens nach zwei Monaten springt dieser ab. Andrea Hagmann würde einen solchen Posten nicht übernehmen wollen.

Gemäss Lorenzo Schmid ist das mit der Veränderung in der Gemeindeverwaltung begründet. Peter Remek hört als Gemeindeschreiber auf. Jan Diener übernimmt diese Position. Dadurch entsteht eine Lücke, welche mindestens vorübergehend, wieder gefüllt werden muss. Lorenzo Schmid ist jedoch auch nicht ein Freund von einer überstürzten Umsetzung. Möglich wäre auch eine zeitliche Abstützung im Zusammenhang mit dem Ambulanzstützpunkt per Ende April 2019.

Peter Remek ergänzt, dass die Spitex und das Alterszentrum ihre Jahresabschlüsse per 31.12. vornehmen. Lediglich die Arztpraxis Arosa AG hat ihren Jahresabschluss per 30. April. Es ist einfacher, die Gründung auf Ende des Geschäftsjahres vorzunehmen. So können die Geschäftsjahre sauber abgeschlossen werden und es muss nicht mit Zwischenabschlüssen gearbeitet werden. Für das rasche Vorgehen bestehen zwei Gründe: Zum einen ist es der Ambulanzstützpunkt, mit welchem der Kanton den Vertrag per Ende April 2019 gekündigt hat. Der Kanton hat auch klar signalisiert, dass er mit der Alpinmedic keinen Vertrag mehr abschliessen wird. Wenn es später als Ende April 2019 wird, stellt sich die Frage, wie die Zwischenlösung aussehen wird. Ohne Dachorganisation wird die Gemeinde nicht bereit sein und auch nicht die Möglichkeit haben, um den Ambulanzstützpunkt selber übernehmen zu können. Ein weiterer Grund ist, dass beim Alterszentrum die Stelle "Administration, Finanzen" seit etwa einem halben Jahr nicht besetzt ist. Auch dort ist es von Vorteil, wenn baldmöglichst eine Lösung gefunden wird, ansonsten muss sich das Alterszentrum neu organisieren und wieder mit externen Firmen arbeiten. Ob man dann immer noch bereit ist, die Organisationen zusammenzuführen ist fraglich. Bei der Spitex eilt es nicht so sehr. Der Geschäftsführer der Spitex, Sigi Eggimann, welcher seine Arbeit sehr gut macht, wird in naher Zukunft pensioniert. Es wäre von Vorteil, wenn dann bei der Spitex jemand nicht neu beginnen müsste, sondern Sigi Eggimann den Bereich Spitex in der Dachorganisation noch führen könnte. Bezüglich des neuen CEO's sieht Peter Remek die Situation nicht so schwierig. Die Organisationen, wie sie heute im operativen Bereich laufen, laufen auch weiterhin unter deren Leitungen. Es geht um die Zusammenführung der Administration. Dies muss vor allem noch geklärt werden. Es verbleiben noch 6 Monate Zeit um gewisse Abklärungen zu treffen. Dies sollte möglich sein, vor allem, da die Finanzen vorhanden sind, um externe Firmen mit den Abklärungen und dem Aufbau zu beauftragen.

Lorenzo Schmid möchte es deswegen nicht scheitern lassen. Es ist sicher möglich, das Projekt zeitlich hinauszuschieben. Der Zeithorizont kann nicht das Problem sein. Dafür wird man eine Lösung finden.

Daniel Ackermann ist es ähnlich ergangen wie Christoph Junker. Er hat sich hineingelesen und wieder von vorne begonnen. Die Botschaft ist schwer verständlich. Er hat Probleme zu sagen, dass es gut ist in diesem Tempo vorwärts zu machen. Er weiss nicht, ob er die Vorlage an der heutigen Sitzung mit gutem Gewissen verabschieden kann, wenn noch ein Anhang zur Botschaft erstellt werden muss. Vorgesehen ist die Abstimmung an der Urne Ende September 2018. Daniel Ackermann fragt, ob die Botschaft nicht aufgearbeitet werden und dem Parlament an der Oktober-Sitzung präsentiert werden kann. Ende November 2018 gibt es bereits wieder eine Abstimmung, an der die Vorlage behandelt werden könnte. Mit den heutigen offenen Punkten ist Daniel Ackermann nicht sicher, ob er heute voll hinter dem angeschlagenen Tempo stehen kann. Das Produkt selber überzeugt. Es ist klar der Weg, der eingeschlagen werden kann. Das ging auch aus Gesprächen mit Angestellten hervor. Ganz klar kam zum Ausdruck, dass die Rettungsorganisation mitgenommen werden

soll. Wenn das nicht klar definiert ist, wird es Probleme geben. Daniel Ackermann stellt zur Diskussion, ob das Ganze zeitlich nicht nach hinten geschoben werden soll. Lorenzo Schmid ist erleichtert zu hören, dass das Projekt positiv aufgenommen wird. Wichtig ist, dass das Projekt priorisiert wird und die Bevölkerung so gut aufgeklärt ist, dass sie der Vorlage überzeugt zustimmen.

Alessandro Minnella findet es eine gute Sache, wenn man Ende 2018 der Vorlage zustimmt und das Jahr 2019 nutzt um mit der Projektgruppe das Projekt detailliert ausarbeitet. Allenfalls kann man dann den CEO schon suchen. Allenfalls kann man ihn ein halbes Jahr vorher schon in den Prozess involvieren und ihn evtl. bei der Gemeinde anstellen. Der Start der neuen Organisation erfolgt dann per 1. Januar 2020.

Lorenzo Schmid empfiehlt dieses Vorgehen nicht. Damit würde das Projekt irgendwo auf "Eis" liegen und irgendwann wieder aufgegriffen werden. Lorenzo Schmid begrüsst die genannte Zeitabfolge, wonach die Botschaft mit dem Anliegen des Parlaments ergänzt wird. Die Botschaft wird an der Oktobersitzung im Parlament wieder behandelt und die Volksabstimmung im November durchgeführt. Spätestens im April 2019 sollte alles erledigt sein, nicht zuletzt wegen dem Ambulanzstützpunkt und der Deadline des Kantonsspitals Graubünden aufgrund des ablaufenden Vertrages. Bis dann müsste die Gemeinde allenfalls vorübergehend Beat Mühlethaler anstellen. Das wäre sogar eine optimale Zielsetzung, wenn dies so zeitlich abgestimmt wird. Damit hätte man auch wieder genug Zeit.

Georg Mettier bedankt sich für die Präsentation, welche auch seine im Vorfeld gestellten Fragen beantwortet hat. Er begrüsst das Vorgehen mit der Behandlung der Botschaft in der Oktober-Sitzung des Parlaments. Er hat nun oft das Stichwort "Fusion" gehört. Wenn er mit den Leuten gesprochen hat, war das nie ein Thema. Es war immer die Rede von einem Zusammenschluss. In der neuen ausgearbeiteten Botschaft müsste vermerkt sein, wie der Übergang vom jetzigen Arbeitgeber zum neuen Arbeitgeber funktioniert. Dies ist vor allem wichtig für die Mitarbeiter. Wird allen gekündigt und alle neu angestellt oder werden die Verträge übernommen. Das ist auch das Recht der Mitarbeiter, dass dies in die Botschaft kommt. Die Mitarbeiter müssen auch weiterbeschäftigt werden, da sie über viel Wissen verfügen. Es ist ein Anliegen von Georg Mettier, dass der Teil mit den Mitarbeitern an erster Stelle behandelt wird, danach die ganze technische Abhandlung und anschliessend die Finanzen, welche auch sehr wichtig sind.

Lorenzo Schmid sagt, dass dies so aufgenommen wird. Dies ist auch für die Volksabstimmung wichtig und für die Mitarbeiter, da diese damit sehen, dass nicht die Absicht besteht, über das Personal Kosten einsparen zu wollen, sondern dass man mit den bisherigen Leuten weiter zusammenarbeiten will. Ob bei späteren Fluktuationen infolge von Pensionierungen die Stellen wiederbesetzt oder ob man es anders löst, das war auch bei der Gemeindefusion ein Thema.

Ruth Moro hat zum Organigramm eine Anregung. Das Kästchen "Unternehmensentwicklung/Gesundheitstourismus" steht alleine und abseits im Organigramm. Arosa ist ein Tourismusort. Dieser Punkt hat eine grosse Wichtigkeit. Im Organigramm des Gesundheitszentrums Unterengadin ist Position Unternehmensentwicklung mit der Organisation als Stabstelle verbunden, gleich nach dem Vorstand und vor der Geschäftsleitung. Die Unternehmensentwicklung steht und fällt mit dem CEO. Um Geld zu generieren, ist es von Anfang an wichtig, dass dies auch

berücksichtigt wird. Dies muss im Organigramm konkreter einbezogen werden und nicht einfach nur erwähnt wird.

Lorenzo Schmid sagt, dass dies aufgenommen wird. Das Kästchen "Unternehmensentwicklung" wird als Stabstelle mit der Organisation verbunden.

Alessandro Minnella sagt, dass er den Hinweis für die Umsetzung per 1. Januar 2020 mehr aus buchhalterischer Sicht gebracht hat. Es ist einfacher mit auf Ende Geschäftsjahr abzuschliessen als unter dem Jahr. Er begrüsst es auch, wenn die Umsetzung vorher geschieht.

Alessandro Minnella fragt, warum der Investitions- und Erneuerungsfonds auf einmal verwendet werden darf. Von Lorenzo Schmid und Peter Remek hat er dies bereits vorgängig gehört.

Lorenzo Schmid antwortet, dass die Stiftung vorher einmal Eigentümerin des Gebäudes Surlej war. Dazu musste sie einen solchen Fonds äufnen um Erneuerungen am Gebäude oder um allenfalls einen Neubau finanzieren zu können. Es besteht eine gesetzliche Pflicht, diesen Fonds zu äufnen und dieser damit gebunden ist. Das Gebäude Surlej wurde verkauft und die Stiftung verfügt über kein Gebäude mehr. Das neue Gebäude wurde von der Gemeinde gebaut und befindet sich im Besitz der Gemeinde. Der Fonds wird in der Buchhaltung der Stiftung geführt und ist ohne Gebäude eingefroren. Die Stiftung kann nicht darüber verfügen. Mit der neuen Dachorganisation und dem Übertrag des Gebäudes, kann wieder über das Geld verfügt werden.

Peter Remek ergänzt, dass das Alterszentrum über kein Gebäude und somit über kein Anlagevermögen mehr verfügt. Der Investitions- und Erneuerungsfonds ist nur über die vorhandenen Aktiven in Form von Flüssigen Mitteln in Höhe von CHF 1 Mio. gedeckt. Wäre das nicht der Fall gelangt das Alterszentrum in eine Überschuldung und muss die Bilanz deponieren. Aus diesem Grund darf das Alterszentrum die Liquidität nicht verwenden. Mit Übertrag des Gebäudes Alterszentrums verfügt die neue Organisation über genügend Anlagevermögen, welches das Fremdkapital deckt. Dieses muss nicht mehr durch die Liquidität gedeckt werden, welche in Zukunft verwendet werden kann. Das ist die Argumentation, wieso die Dachorganisation plötzlich eine Mio. Liquidität hat um zu brauchen, welche sie vorher nicht hatte. Der Investitions- und Erneuerungsfonds bleibt heute etwa gleich gross, da laufend Beiträge eingehen und die Entnahmen etwa im gleichen Umfang anfallen. Der Fonds wird von der Gemeinde verwendet, um die Abschreibungen vorzunehmen. Dafür darf der Fonds verwendet werden. Die Stiftung hat heute kein Gebäude und somit auch keine Abschreibungen darauf. Dieser Abschreibungswert wird von der Stiftung an die Gemeinde als Mietbetrag bezahlt.

Christoph Junker ist nach wie vor nicht gegen das Projekt. Es ist der richtige Weg. Damit die Vorlage eine Chance hat, müssen alle vier Organisationen mit im Boot sein. Es geht nicht, dass mit der Organisation gestartet und später geschaut wird, ob der Ambulanzstützpunkt noch eingebaut werden kann oder nicht. Das muss vorher schon angedacht sein. Die vorliegende Botschaft kann er nicht unterstützen. Wenn diese so ausgeschafft werden kann, wie es angedacht ist, und Hand und Fuss hat und die Gemeinde das Projekt stützen wird und bekannt ist, wann mit der Organisation gestartet wird, dann hat die Vorlage eine Chance. Dass heute noch nicht bekannt ist, wie der Ambulanzstützpunkt eingegliedert werden kann und diese Lösung erst noch erarbeitet werden muss, steht ausser Diskussion. Christoph Junker freut sich über eine überarbeitete Version der Botschaft. Die vier Organisationen müssen von Anfang an

dabei sein, so dass man versteht, dass man auf dieser Grundlage alle anderen Sachen daraus entwickelt.

Paul Schwendener fasst zusammen: Grundsätzlich besteht seitens des Parlaments keine Opposition gegen das Projekt. Es geht darum, dass die Botschaft überarbeitet wird, in dem der Ambulanzstützpunkt aufgenommen wird und gewisse Zahlen eingefügt werden. Anschliessend ist die Botschaft erneut dem Gemeindeparlament an der Oktobersitzung zur Behandlung vorzulegen. Dann besteht die Möglichkeit, dass die Dachorganisation effektiv Ende April 2019 gestartet werden kann, wenn der Vertrag mit dem Ambulanzstützpunkt abläuft.

Lorenzo Schmid bestätigt das Vorgehen und betrachtet den Start der Organisation per Ende April 2019 als idealen Zeitpunkt. Das Problem ist, dass die nächste Parlamentssitzung erst im Oktober angesetzt ist und die Urnenabstimmung Ende November stattfindet. Die Abstimmungsunterlagen müssen mindestens drei Wochen vorher bei der Stimmbevölkerung sein. Die Parlamentssitzung vom Oktober ist daher zu knapp um die Vorlage für die Abstimmung vom 25. November 2018 bereit zu stellen.

Ludwig Waidacher schlägt vor im September eine Parlamentssitzung durchzuführen. Nach Diskussionen um einen Termin liegt folgender Terminvorschlag für die nächste Parlamentssitzung vor: Dienstag, 18. September 2018, 13.30 Uhr, mit dem Ziel, die Vorlage auf die Urnenabstimmung vom 25. November 2018 zu verabschieden.

Paul Schwendener weist daraufhin, dass sich das Parlament in das operative Geschäft des Gemeindevorstandes hineinbewegt. Es ist Sache des Gemeindevorstandes, wann er was umsetzen will. Dies ist das Problem des Gemeindevorstandes, auch hinsichtlich der Frage, ob der Zeitplan knapp ist oder nicht. Wenn im Einverständnis mit dem Gemeindevorstand der Starttermin der Dachorganisation auf den 1. April 2019 festgelegt wird, dann gilt dieser Termin. Bezüglich der Botschaft liegen alle Fakten auf dem Tisch. Es geht effektiv darum, dass alles nochmals zusammengestellt wird und dass die Botschaft übersichtlich formuliert wird. Dann ist die Sache mit der Botschaft soweit erledigt.

Abstimmung:

Paul Schwendener lässt über den Sitzungstermin für die nächste Parlamentssitzung vom Dienstag, 18. September 2018, 13.30 Uhr, abstimmen.

Das Gemeindeparlament beschliesst:

1. Die Behandlung des Geschäftes über eine Beteiligung der Gemeinde an eine zu gründende Dachorganisation Gesundheitswesen wird auf die nächste Parlamentssitzung vertagt. Diese wird neu terminlich wie folgt angesetzt: **Dienstag, 18. September 2018, 13.30 Uhr, im Tal**. Der Sitzungsort wird mit der Einladung bekannt gegeben. Das Stimmenverhältnis beträgt 12:0, bei zwei abwesenden Parlamentariern.
2. Protokollauszug an:
 - Vincenz Vital, Präsident des Verwaltungsrates der Arztpraxis Arosa AG, c/o Medizinisches Zentrum Arosa, Poststrasse 18, 7050 Arosa

- Vincenz Vital, Stiftungsratspräsident, c/o Alterszentrum Arosa, Alteinstrasse, 7050 Arosa
- Badrutt Jäger, Präsident Verein Spitex Region Schanfigg, c/o Haus Mesmeta, Pagigerstrasse 1, 7028 St. Peter
- Ressort Soziales und Energie
- Finanzverwaltung
- Gemeindekanzlei

4. Informationen des Gemeindevorstands

Lorenzo Schmid, Departement "Verwaltung, Finanzen"

Lorenzo Schmid orientiert über den Parlamentarischen Auftrag zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung:

Projektauftrag definiert:

Ziel der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist die Optimierung des finanziellen Ergebnisses der Gemeinderechnung in der kurzen bis mittleren Frist (1 bis 5 Jahre). Dabei werden sowohl die Laufende Rechnung als auch die Investitionsrechnung untersucht und die Wirkungen auf die Bilanz dargelegt. Für eine ganzheitliche Optimierung gilt es sowohl die Aufwands- als auch die Ertragsseite mit Blick auf Optimierungspotenziale zu analysieren.

Die verarbeiteten Massnahmen sollen günstige Voraussetzungen für eine gesunde finanzielle Basis für die Gemeinde setzen, gleichzeitig aber die nachhaltige, soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung nicht behindern, sondern nach Möglichkeit sogar fördern. Die zur Erreichung dieser Ziele benötigte bestehende Infrastruktur soll nachhaltig unterhalten und Entscheide zu Neuinvestitionen auf der Grundlage von Nachhaltigkeitsüberlegungen getroffen werden

Bei den Vorschlägen ist sowohl eine inhaltliche (1 – Soll umgesetzt werden, 2 – Kann umgesetzt werden, 3 – Später) als auch eine zeitliche Priorisierung zu Handen der politischen Diskussion vorzunehmen. Im Weiteren ist bei den Vorschlägen aufzuzeigen, welches Gremium welche Entscheidung zu treffen hat und ob für die Umsetzung gesetzliche Grundlagen oder Reglemente anzupassen sind.

Erarbeitete Erkenntnisse und Massnahmen, die ohne weitere Vorarbeiten realisiert werden können, sollen nach Möglichkeit bereits in der laufenden Rechnung 2018 umgesetzt oder in die Erarbeitung des Budgets 2019 einfliessen. Die Umsetzung von Massnahmen, die Vorarbeiten und weitere Anpassungen benötigen, erfolgt spätestens bis Ende 2023.

Alessandro Minnella fragt, ob die Offerte schon angenommen wurde.

Lorenzos Schmid antwortet, dass diese im Gemeindevorstand beschlossen worden und gegenüber dem Auftragnehmer bestätigt worden ist.

Weiter fragt Alessandro Minnella nach dem Zeitplan, da Gemeindeschreiber Peter Remek gekündigt hat und Jan Diener einspringen wird. Das Projekt hat gemäss Zeitplan schon begonnen.

Gemäss Lorenzo Schmid wird aufgrund der Umstellung in der Gemeindeverwaltung das eine oder andere Projekt Verzögerungen erfahren. Er zählt dabei auf das Verständnis des Parlaments.

Ludwig Waidacher als Initiant des parlamentarischen Auftrages hat diesen im Jahr 2016 eingereicht. Gemäss Information des Gemeindevorstandes dauert die Umsetzung bis ins Jahr 2023. Beim Projekt Bahnhofplatz herrscht ein überschnelles Tempo, beim Projekt Gesundheitswesen ist man auch sehr schnell unterwegs. Bei der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist man sehr langsam unterwegs. Es gibt personelle Veränderungen, aber Ludwig Waidacher hofft, dass der Zeitplan eingehalten werden kann.

Gemäss Lorenzo Schmid wurde das Gesundheitsprojekt zum gleichen Zeitpunkt aufgegleist. Auch andere Projekte, wie im Bereich "Verkehr" wurden bereits angepackt. Beides sind Gegenstände der Leistungsüberprüfung. Bei der Gesundheitsreform ist man soweit, mit der Leistungsüberprüfung noch nicht. Wobei man sich mit der Erstmassnahme über die geforderte Einsparung von CHF 3 Mio. auseinandergesetzt hat und dieser Wert von Seiten des Parlaments relativiert wurde.

Lorenzo Schmid, Departement "Verwaltung, Finanzen"

Peter Remek gibt eine Zwischeninformation über die bisherigen Abklärungen zum Auftrag "Bushaltestellen", aufgrund des Parlamentarischen Auftrages betreffend Erstellung von zwei neuen Bushaltestellen bei gleichzeitiger Aufhebung der Bushaltestellen Ochsenbühl, Sandhubel, und allenfalls Seebodenplatz:

- Gutachten Abteilung Verkehrssicherheit der KAPO liegt vor:
 - o Schaffung von neuen Bushaltestellen vor SKZA und Medizinischem Zentrum ist möglich, wird aber nur bewilligt, wenn Haltebuchten beschaffen werden
- Für Haltebucht vor Medizinischem Zentrum müssten Parkplätze auf öffentlichem Grund aufgehoben werden.
- Prüfung Aufhebung Haltestellen Sandhubel und Seebodenplatz abhängig von Entscheid zu neuen Bushaltestellen

An einer der nächsten Parlamentssitzungen wird der Gemeindevorstand mitteilen, ob er auf den Auftrag eingehen wird oder nicht. Dies hängt auch mit dem neuen Buskonzept zusammen, in dessen Rahmen der Bus auf den Winter 2019/20 neu ausgeschrieben werden muss.

Bruno Preisig, Departement "Soziales, Energie"

Bruno Preisig informiert über den aktuellen Kostenstand zum Projekt Schulhausneubau Arosa:

Realisierungs-Kredit	Projekt-Stand; SIA-Phase	Kredit	Prognose	Verbindlichkeiten (verpflichtet)	Erwartung (KV offen)	Rechnungen (verrechnet)	noch verrechenbar
C, Ausschreibung und Realisierung	SIA Phase 4, in Arbeit	7'000'000	6'715'561	4'364'439	2'351'122	382'915	3'981'524
C, Ausschreibung und Realisierung	BKP 06 Reserve	200'000	484'439	-	484'439	-	-
Total Realisierungs-Kredit		7'200'000	7'200'000	4'364'439	2'835'561	382'915	3'981'524



Rolf Bucher, Departement "Tourismus, öffentliche Sicherheit"

Rolf Bucher informiert über den Stand zum Tourismusgesetz. Es wird auf das Mustergesetz des Kantons gewartet. Sobald dieses eingeht, kann mit den Arbeiten zum Tourismusgesetz begonnen werden.

Peter Bircher, Departement "Tiefbau, Werke, Forst, Landwirtschaft"

Peter Bircher informiert über die Hängebrücke in der Isla. Es wurde eine Notbrücke in Holz erstellt. Grund ist die Zerstörung der Brücke durch einen tragischen Unfall. Man ist an der Projektierung. Von Seiten der Versicherung liegt noch keine Kostengutsprache vor. Ein erster Projektentwurf liegt vor. Die Kosten dafür sind jedoch viel zu hoch und es muss nochmals über die Bücher gegangen werden. Das ist auch der Grund, warum eine Notlösung geschaffen wurde. Die Notbrücke bleibt in diesem Jahr bestehen.

Yvonne Altmann, Departement "Hochbau, Planung"

Am Montag, 2. Juli 2018 beginnt beim Departement Hochbau ein neuer Mitarbeiter. Er heisst Lorenz Liechi, welcher über Erfahrungen im Bauwesen verfügt und Jurist ist.

Bezüglich der Ortsplanung teilt Yvonne Altmann folgende zwei mit:

- 16. Juli 2018: GV Handels- und Gewerbeverein. Dort wird über die Gewerbemischzone diskutiert.

- Im August 2018 finden zwei Sprechstunden wie folgt statt:
 - o Mittwoch, 22. August 2018
 - o Dienstag, 28. August 2018

Diese Daten werden in der Arosa Zeitung publiziert. Es geht darum, dass Leute, welche Fragen zur Ortsplanung haben an diesen Daten unter Voranmeldung mit Fachleuten sprechen und ihre Anliegen anbringen können. Wichtig ist, dass die Behörden die Daten bekannt machen.

- Am Mittwoch, 11. Juli 2018, findet eine Informationsveranstaltung der Gemeinde Arosa, statt. Unter anderem wird über den Stand der Ortsplanung informiert.

Lorenzo Schmid ergänzt, dass die Info-Veranstaltung eingeführt wurde, da es keine Gemeindeversammlung gibt. Themen am 11. Juli 2018 sind die Ortsplanung, Dachorganisation Gesundheitswesen und die Fussgängerzone/Dorfzone Oberseeinszenierung. Letzteres wurde viel diskutiert und ist für dieses Jahr auf Eis gelegt, damit die Bevölkerung miteinbezogen werden kann.

5. Hängige Aufträge / Anfragen

Paul Schwendener verweist auf die mit der Einladung mitgeschickte Pendenzenliste und fragt ob es seitens des Gemeindevorstandes Bemerkungen dazu gibt.

Lorenzo Schmid informiert über den parlamentarischen Auftrag betreffend Verbesserung der Kommunikation

Kommunikationskonzept

Das Gemeindeparlament erhält im Rahmen der heutigen Sitzung das Kommunikationskonzept in gedruckter Form. Dieses setzt sich aus folgenden Bestandteilen zusammen:

Aufbau des Kommunikationskonzeptes:

1. Einleitung (Grundsätze, Ziele)
2. Interne Kommunikation
3. Behördenübergreifende Kommunikation
4. Externe Kommunikation
5. Kommunikation in Krisensituationen

1. Einleitung, Ziele der Kommunikation

1. Vertrauen in Behörden und Gemeindeverwaltung fördern
2. Wahrnehmung des Gemeindevorstands als ein für die Interessen der Gemeinde handelndes Kollektiv
3. Gemeindeverwaltung wirkt kompetent und weiss, wie sie sich bei Anfragen verhalten muss
4. Gemeinde Arosa wird als sympathischer, attraktiver Ferienort wahrgenommen
5. Gemeinde Arosa soll sich als attraktiver Wohnort positionieren

6. Zugehörigkeitsgefühl der Bevölkerung soll gestärkt werden. Beteiligung der Bevölkerung am politische Leben soll gefördert werden

2. Interne Kommunikation, regelt Kommunikation
 - innerhalb der Gemeindeverwaltung
 - zwischen den Departementen
 - zwischen Gemeindevorstand und Gemeindeverwaltung

3. Behördenübergreifende Kommunikation, regelt Kommunikation zwischen
 - Gemeinde und Region
 - Gemeindevorstand und Vertretern im Grossen Rat
 - Gemeindevorstand und GPK
 - Gemeindevorstand und Schulrat
 - Gemeindeparlament und Gemeindevorstand

4. Externe Kommunikation, regelt Kommunikation nach Aussen
 - Kurzinformationen aus Gemeindevorstandssitzungen
 - Sprechstunde des Gemeindepräsidenten
 - Öffentlichen Informationsveranstaltungen
 - Koordination bei Medienanfragen
 - Publikationskanäle (Aroser Zeitung, Homepage, Gemeindebroschüre, Ideenportal der Gemeinde (Vision), ...)

5. Kommunikation in Krisensituationen
 - Kommunikation über Gemeindeführungsstab, resp. Gemeindepräsident

Ruth Moro als Initiantin dieses parlamentarischen Auftrages sagt, dass sich das Parlament mit dem Kommunikationskonzept befassen und dieses an der nächsten Parlamentssitzung besprochen werden soll. Das Parlament soll sich Gedanken machen, ob das Kommunikationskonzept so ausgearbeitet wurde, wie das Parlament es sich vorstellt.

Paul Schwendener sagt, dass das Parlament das Kommunikationskonzept zur Kenntnis nimmt. Das Parlament soll an der nächsten Sitzung definitiv darüber befinden und ob dann allenfalls Ergänzungsanträge vorliegen.

6. Aufträge / Anfragen / Fragestunde

Paul Schwendener stellt fest, dass keine Aufträge oder Anfragen eingereicht wurden.

Offene Fragestunde

- Markus Lüscher fragt, ob an der nächsten Parlamentssitzung vom September auch das Thema "Gemeindeversammlung" aufgegriffen werden kann. Wenn eine Teilrevision der Verfassung ansteht, könnte auch das Thema "Arbeitsorganisation Gemeindevorstand/Parlament" behandelt werden, ohne dass dabei die Gewaltentrennung verletzt wird. Hier besteht Potential, dass organisatorisch etwas im Gemeinwesen verändert werden kann, damit es für gewisse Leute auch eine Entlastung gibt. Das Thema "Arbeitsbelastung" ist noch nicht ganz vom Tisch. Markus Lüscher wirft dies als Diskussionspunkt in die Runde, damit dies alles in einer Gesetzesrevision behandelt werden kann.

Lorenzo Schmid antwortet, dass eine Gruppe aus der Bevölkerung unter der Führung von Reto Thomas Ruoss bei ihm war und das Anliegen für eine Verfassungsrevision vorgetragen hat. Die Frage stellt sich nach dem Vorgehen. Das Anliegen "Arbeitsübertragung Gemeindevorstand ans Parlament" kann kein Thema sein, da dies die Regierung nie genehmigen wird. Das Parlament ist die Legislative und somit die gesetzgebende Gewalt. Ausführend ist der Gemeindevorstand.

- Alessandro Minnella sagt, dass im Rahmen der Verfassungsrevision auch die Regelung der Kompetenzen bezüglich Kreditvergaben einfließen muss.
- Für Alessandro Minnella ist unklar, wer für die Wanderwege und Feuerstellen zuständig ist. Er hat gewisse Feuerstellen gesehen, die nicht mehr in einem guten Zustand sind. Allenfalls kann dafür etwas im Budget 2019 vorgesehen werden.

Peter Bircher sagt, dass der Gemeindevorstand dies entgegennimmt. Für die Feuerstellen ist Arosa Tourismus zuständig.

Paul Schwendener sagt, dass das Parlament in der vergangenen Woche über die Kündigung von Peter Remek als Gemeindevorstand informiert wurde. Dies wird von Seiten des Parlaments bedauert. Peter Remek hat seine Tätigkeit im Februar 2010 bei der Gemeinde Arosa aufgenommen. Die Zusammenarbeit mit ihm war immer sehr angenehm. Paul Schwendener bedankt sich im Namen des Gemeindeparlamentes beim Gemeindevorstand Peter Remek recht herzlich für seine Leistungen. Das Parlament hofft auf eine reibungslose Übergabe an Jan Diener. Die offizielle Verabschiedung von Peter Remek erfolgt nicht durch das Parlament, sondern durch den Gemeindevorstand, was Lorenzo Schmid bestätigt.

Lorenzo Schmid sagt, dass die Kündigung für den Gemeindevorstand überraschend kam, mit der Begründung, dass er für sich Veränderungen anstrebt. Mit Peter Remek verliert die Gemeinde eine sehr kompetente Persönlichkeit. Er ist ausgebildet im Bereich der Finanzen, hat sich aber auch sehr mit dem Recht auseinandergesetzt. Er hat sich umfangreiches Wissen in der Gemeinde angeeignet, welches er im Gemeindeparlament und im Gemeindevorstand eingebracht hat. Jan Diener, welcher als Gemeindevorstand-Stv. in alle Geschäfte involviert war, wird seine Nachfolge antreten. Die Lücke konnte so schnell gefüllt werden, was gegenüber einer externen Suche von Vorteil ist. Wie bereits erwähnt, kann es durch die Veränderung in der Verwaltung zu Verzögerungen bei gewissen Projekten kommen. Lorenzo Schmid bedankt sich in diesem Rahmen bei Peter Remek für seine grossartige Arbeit, welche er für die Gemeinde geleistet hat, und wünscht ihm auf seinem weiteren Lebensweg alles Gute.

Peter Remek wird vom Gemeindeparlament und Gemeindevorstand mit einem Applaus gewürdigt.

Paul Schwendener fragt, ob schon ein Nachfolger von Jan Diener für das Amt des Aktuars des Gemeindeparlaments bestimmt ist.

Lorenzo Schmid antwortet, dass dies noch nicht entschieden ist. Der Gemeindevorstand hat beschlossen, dass Jan Diener der Nachfolger von Peter Remek wird. In diesem Zusammenhang wurde Jan Diener der Auftrag erteilt, dass er sich mit diesem Thema als erstes befassen soll. Einerseits gilt es die Lücke, die er hinterlässt zu füllen. Dies gilt für die Ressortleitung und für die Funktion als Parlamentsschreiber und andererseits für die anderen Bereiche, für welche er tätig ist. Dies gilt auch für die Arztpraxis, zumindest für die Zeit bis die Dachorganisation steht. Jan Diener wird gelegentlich dem Gemeindevorstand Vorschläge unterbreiten. Ihm soll dafür und für die Wahl der Ressortleiter die Kompetenz eingeräumt werden.

Paul Schwendener bedankt sich bei Jan Diener für seine Arbeit als Aktuar des Gemeindeparlaments während den letzten Jahren.

Schlusswort des Parlamentspräsidenten

Paul Schwendener dankt den Anwesenden für die konstruktive Zusammenarbeit. Weiter bedankt er sich beim Publikum für das Interesse. Er wünscht allen einen schönen Abend und eine gute Heimkehr. Damit schliesst der Parlamentspräsident die 3. Parlamentssitzung im Jahr 2018.

NAMENS DES GEMEINDEPARLAMENTS

Der Parlamentspräsident: Der Aktuar:

Paul Schwendener

Jan Diener